

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.	Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12.	Insertionspreis pro dreispaltige Peilzelle 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.
---	--	---

## Bäckerverhältnisse im Großherzogtum Baden.

Wenn man den Jahresbericht der großherzoglich badischen Gewerbeinspektion in die Hand nimmt, fällt eine Zahl außerordentlich auf. Im Jahre 1908 wurde von 3306 Auflagen berichtet, die die Gewerbeinspektion erlassen hat. Hiervon betrafen 547, also fast der sechste Teil, die Verbesserung von Bäckereiräumen, während im Jahre 1909 von den 3309 Auflagen bloß 46, also bloß zirka der siebzigste Teil der Verbesserung der Bäckereiräume gewidmet war. Das ist ein etwas starkes Nachlassen des Interesses der Fabrikinspektoren für die hygienischen Verhältnisse in den Bäckereien, denen sowohl im Interesse der Arbeiter wie in dem der Konsumenten die lebhafteste Aufmerksamkeit zu schenken ist. Wir wissen ganz wohl, daß im Jahre 1908 aus besonderen Gründen eine besonders intensive Beschäftigung der Gewerbeinspektoren mit dem Bau und der Einrichtung der Bäckereibetriebe festzustellen war, aber wir vermuten, daß auch im Jahre 1909 Veranlassung genug zu einer intensiveren Beschäftigung vorgelegen haben wird, als aus den Zahlen, die wir hier angeführt haben, zu ersehen ist. Auch das Verhältnis der revisionspflichtigen und der revidierten Bäckereien und Konditoreien kann diesmal nicht befriedigen. Von 2284 revisionspflichtigen Bäckereien und Konditoreien mit 3655 Arbeitern und Arbeiterinnen wurden bloß 820 mit 1276 beschäftigten Personen revidiert, so daß die weitaus überwiegende Zahl der Bäckereien und Konditoreien von der Fabrikinspektion nicht beachtet wurde. Nur wenige Betriebe unseres Berufes wurden mehr als einmal untersucht.

Bei der Durchführung des Kinderschutzgesetzes in Baden die auffallend starke Verwendung schulpflichtiger Kinder beim Brotaustragen peinlich auf. Die Kinder werden da den Unbilden der Witterung in bedauerlicher Weise ausgesetzt. Sie haben deshalb nur zu häufig schweren gesundheitlichen Schäden. Auch die Aufnahmefähigkeit der Kinder beim Schulunterricht leidet durch die Beschäftigung beim Brotaustragen. Leider kann man den Umfang dieser Tätigkeit schwer vollkommen feststellen, weil bei allem Eifer der Lehrer bei den Schulerhebungen die Kinder, durch die frühere Verwarnung oder Bestrafung gewöhnt oder von ihren Eltern veranlaßt, unwahre Angaben machen oder die Aussage verweigern aus Furcht, von den Eltern noch bestraft zu werden, wenn aus wahrheitsgetreuen Aussagen unliebsame Folgen entstehen. Jedenfalls stellen die Erhebungen über die erwerbstätigen Schulkinder fest, daß beim Austragen von Backwaren schon Kinder unter acht Jahren, und zwar eigene Kinder und fremde Kinder, beschäftigt wurden. Fast ein Siebtel aller in Baden gewerblich beschäftigten Kinder wurden beim Austragen von Backwaren beschäftigt. Bei den Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz war festzustellen, daß hinsichtlich der Beschäftigung der Kinder vor 8 Uhr früh unter 484 überhaupt festgestellten Fällen 350 Fälle das Austragen der Backwaren vor 8 Uhr früh betrafen. Unter 2616 festgestellten Übertretungen des Kinderschutzgesetzes entfielen 599 allein auf das Austragen von Backwaren.

Leider sind nur wenige Fälle der schamlosen Kinderausbeutung besonders angeführt. Einen heben wir hervor: Ein Bäckermeister beschäftigte seine beiden eigenen Knaben mit Ausnahme beim Baden. Der jüngere elfjährige Sohn mußte täglich von 3½ bis 7 Uhr morgens, der ältere, der außerdem noch das Austragen der Backwaren zu besorgen hatte, von 3½ Uhr bis 4½ Uhr morgens in der Backstube mithelfen. Wegen dieses Vergehens wurde dem gewissenlosen Vater eine Geldstrafe von M 3 (!!! Red.) auferlegt.

Ueber den speziellen Bäckereiarbeiter-schutz enthält der badische Fabrikinspektionsbericht über das Jahr 1909 erheblich weniger als die meisten seiner Vorgänger. Für das verflossene Jahr wird nur das Nachstehende angeführt: Die Durchführung der Verordnung über den Betrieb der Bäckereien und Konditoreien vom 1. Oktober 1906 verursacht noch immer viel Arbeit und Schwierigkeiten. Bei der Neuanlage von Bäckereien wird streng vorgegangen. Alte Bäckereien den Vorschriften entsprechend umzugestalten, ist oft schwer und begegnet bisweilen heftigstem Widerstand der Besitzer. Eine Mannheimer Bäckerei, die von Fabrikinspektion, Baukontrolleur und Bezirksarzt schon seit 1907 als gesundheitsgefährlich beanstandet wird und deren Besitzer bisher nichts zur Mithilfe getan und sogar dem Beauftragten der Bäckereinspektion den Zutritt zum Betrieb verweigert hat, sollte zum 1. Juni des Jahres auf bezirksamtliche Anordnung geschlossen werden. Zugleich wurde eine Strafe von M 30 auf Grund des Polizeistrafbuchgesetzes ausgesprochen. Gegen die Schließung legte der Besitzer Rekurs beim Ministerium des Innern ein, wegen der Geldstrafe beantragte er gerichtliche Entscheidung. Die Angelegenheit war zur Zeit der Abfassung des Berichtes beim Landgericht anhängig, die Entscheidung stand noch aus.

In einem andern Falle in Mannheim hat ein Hausbesitzer eine Backstube im Keller heimlich ohne Baugenehmigung eingerichtet. Sie hatte nur eine Höhe von 2 m, war ungenügend belichtet und entsprach in keiner Weise den Anforderungen der Bäckereiverordnung. Als die Sache infolge der Beschwerde des Bäckers zur Kenntnis der Behörde kam, wurde die zwangsweise Schließung des ohne Genehmigung eingerichteten Backraumes verfügt.

183 fabrikmäßige Bäckereien und Konditoreien und ihnen gleichgestellte Betriebe wurden im Großherzogtum Baden gezählt. In diesen waren insgesamt 911 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, also noch nicht ganz fünf auf einen Betrieb, so daß der Charakter des Großbetriebes nur wenig in Erscheinung trat. Unter den 911 beschäftigten Personen waren 647 erwachsene männliche Arbeiter, 122 Arbeiterinnen über 16 Jahre, darunter 58, die das einundzwanzigste Lebensjahr schon überschritten hatten. Von den 141 jungen Leuten zwischen 14 und 16 Jahren waren 29 Mädchen. Endlich wurde ein Knabe unter 14 Jahre beschäftigt. Von diesen 183 Betrieben wurden nur 39, also noch nicht einmal der vierte Teil, einer Revision der Fabrikinspektoren unterzogen. Da ist es natürlich nicht auffallend, daß Übertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen und Verordnungen zum Schutze der jugendlichen Arbeiter nur sehr selten ermittelt wurden. In zehn Fällen wurde eine zu lange Beschäftigung der jungen Leute festgestellt, wegen dieser scheinbar sämtliche Bäckermeister bestraft worden zu sein. Außerdem wurden drei kleinere Übertretungen der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter festgestellt, die aber nur die formalen Bestimmungen betrafen. Übertretungen der Arbeiterinenschutzbestimmungen wurden überhaupt nicht festgestellt. Auch nur von einem Betriebe wird konstatiert, daß er die Erlaubnis für die Sonntagsarbeit erbeten hat, und zwar für drei Sonntage je fünf bis acht Stunden, insgesamt für 216 Arbeitsstunden für zwölf Personen.

Damit haben wir erschöpft, was sich in dem Bericht der badischen Fabrikinspektion für das Jahr 1909 findet. Es ist charakteristisch, daß sich, soweit wir es festzustellen in der Lage waren — ein Register enthält der Band leider nicht — kein Wort über die Konditoreien in dem Bericht findet. Es ist übrigens eine im allgemeinen erwähnenswerte Erscheinung, daß die Konditoreibetriebe von den Gewerbeinspektoren, nicht bloß von den badischen,

viel zu wenig beachtet werden, obgleich die Beschäftigung vornehmlich weiblicher und vielfach jugendlicher Arbeitskraft in den Zuckerwarenfabriken und ähnlichen Betrieben ein lebhaftes Interesse der Gewerbeaufsichtsbeamten für diese Gewerbeart erwecken sollte.

## Die Goldsacke der Satten.

Jährlich gewinnt auch der „gewöhnliche“ Mensch durch die Veröffentlichung des königlichen Statistischen Landesamtes in Berlin einen Einblick, wie sich die Milliarden und Abermilliarden in den Händen einer kleinen Ausbeutergruppe anhäufen. Die amtlichen Berichte über die Steigerung des steuerpflichtigen Einkommens und der Vermögen erstrecken sich nur auf Preußen, weil nicht alle Bundesstaaten eine Einkommen- oder Kapitalsteuer haben. Selbst wenn dadurch nicht das Reich erfasst wird, so liegt kein Anlaß zu der Annahme vor, in andern Bundesstaaten konzentrierte sich der Reichtum nicht mit gleicher Beschleunigung in die Hände einzelner Nichtsteuer. Die kapitalistische Entwicklung macht sich in dem gleichen Maße überall bemerkbar wie in Preußen.

In den letzten Jahren hat sich der Reichtum in den Händen weniger Krösusse unheimlich vermehrt, also in einer Zeit, wo sich der Arbeiter jede Brotkrume erkämpfen mußte, um nur sein Leben fristen zu können. Und das Wenige, welches er dem Unternehmertum abtrotzen konnte, wurde ihm doppelt und dreifach durch Aufbürdung neuer Steuern und Abgaben, Erhöhung der Wohnungsmiete, Verteuerung der Lebenshaltung, wieder genommen. Die Reichen blieben geschont, indem die Regierung ihren Plan auf Besteuerung des Vermögens fallen ließ. Die nichts hatten, denen wurde die Lebenshaltung verschlimmert, die Reichen konnten unter dem Schutz der Regierung Reichtümer auf Reichtümer häufen. Und welches Geschrei erheben sie, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung oder eine menschenwürdige Behandlung fordern? Da wird mit jesuitischer Entrüstung der Ruin und Untergang der Industrie und des Gewerbes prophezeit, von der Demütigung unter das Joch der Gewerkschaften gesprochen und anderes mehr zusammengefaßelt, um die Unmöglichkeit zur Erfüllung der Arbeiterforderungen in alle Welt hinauszuposaunen. Wir wollen nun untersuchen, inwieweit solchen Lamentationen Glauben zu schenken ist.

Von allen Vermögen über M 6000 wird in Preußen die sogenannte Ergänzungssteuer erhoben, sie beträgt auf jede M 1000 Vermögen 50 % jährlich. Eine Verpflichtung zur Anzeige der Höhe des Vermögens besteht nicht. Trotzdem wurden 1902 ermittelt 75 700 Millionen Mark, 1905 83 000 Millionen Mark und 1908 rund 91 700 Millionen Mark. Innerhalb sechs Jahren ist eine Steigerung um 16 Milliarden Mark eingetreten. Diese Feststellung entspricht jedoch dem vorhandenen Vermögen nicht, sondern die in diesen Preisen beliebte Steuerhinterziehung, wie sie auch schon mehrmals an die Öffentlichkeit gebracht wurde, läßt darauf schließen, daß sehr namhafte Beträge überhaupt nicht angegeben wurden. So berechnete Professor Dr. Delbrück, daß die Privatvermögen der preussischen Landwirte und Großgrundbesitzer um 30 Milliarden höher sind, als von ihnen angegeben worden ist. Selbst konservative Abgeordnete stehen auf der Liste der Steuerhinterzieher, und in trauriger Gemeinschaft wandeln Großindustrielle, Agrarier und Börsejobber, die den Vater Staat nach allen Regeln der Kunst bemogeln.

Regierungsrat Martin hat in seinem neuesten Buche „Unter dem Scheinwerfer“ die größten Vermögen nach amtlichen Quellen zusammengestellt und dabei folgende Krösusse im Deutschen Reich ermittelt. Es heißt:

Frau Bertha Krupp von Bohlen .....	187 Mill. Mark
Fürst Hencel von Donnersmarck .....	177 " "
Herzog von Ujest .....	151 " "
Freiherr von Rothschild (Goldschmidt) .....	107 " "
Fürst Pleß auf Fürstenstein .....	84 " "
Graf Thiele-Winkler .....	74 " "
Kommerzienrat Henschel (Lokomotivfabrik Cassel) .....	46 " "
Prinz Hohenlohe-Ingelfingen .....	40 " "
Graf Schaffgotsch .....	20 " "
Graf Ballestrem .....	18 " "

Dazu zählten noch vor Jahresfrist der inzwischen verstorbenen Geheimrat Kommerzienrat Mendelssohn-Bartholdy in Berlin mit 43 Millionen Mark und Gerson v. Bleichröder mit 36 Millionen Mark. Sicher würden noch andere Großindustrielle ...



diese „Rangliste“ fallen, wenn die tatsächlich vorhandenen Vermögen eingeschätzt würden. Sehr interessant ist auch, in welchem Tempo die Zahl der Millionäre gestiegen ist. Im Jahre 1895 gab es deren „erst“ 5226, im Jahre 1902 6601 und 1908 7875, nach den Angaben des statistischen Jahrbuchs für Preußen vom Jahre zuvor sogar 8377. Der Anteil der Millionäre an dem Gesamtvermögen betrug 1895 „erst“ 21,9 pSt. und schnellste 1908 auf 24 pSt. empör. Umgekehrt ist der Anteil des Vermögens bis zu M 52 000, sogar bis M 100 000 entsprechend zurückgegangen. Nach den Einkommenklassen verteilt, haben mehr als 70 pSt. aller Ergänzungsteuerpflichtigen ein Einkommen bis M 3000 und gehört diesen nur etwa 24 pSt. des Vermögens. Dagegen besitzen 6,8 pSt. der Besten, die ein Einkommen von mehr als M 9500 haben, nicht weniger als 52,3 pSt. des Gesamtvermögens. Oder: die Zahl aller Ergänzungsteuerpflichtigen beträgt über ein-einhalb Million. Von dieser eineinhalb Million besitzen aber rund 100 000 Besten, also der fünfzehnte Teil, mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens von 91 Milliarden.

Im Verlauf von sechs Jahren vermochten 1100 Personen ihr Vermögen um zwei Milliarden zu vermehren, das sind mehr als 330 Millionen Mark jährlich; denn im Jahre 1902 waren noch 1853 Personen notwendig, um zusammen einen Besitz von zehn Milliarden zu repräsentieren und sechs Jahre später, 1908, genügten über die gleiche Summe schon 1107 Personen. Angenommen, ein Arbeiter erzeugt jährlich M 500 an Mehrwert, so mußte die Arbeit von 660 000 Menschen dazu gehören, um für die 1100 Rabots die 330 Millionen Mark jährlich an Vermögenszuwachs aufzubringen. Es konnte also jeder der 1100 reichsten Leute in Preußen in den sechs Jahren sein Vermögen auf Kosten der fremden Massen um 1,8 Millionen Mark vermehren, ohne auch nur einen Finger krümmen zu machen!

Diese ungeheuerlichen Zustände sind so aufreizend, daß die schärfsten Ausbrüche, die je die Arbeiterpresse führen wollte, wie leichtes Geplätscher sich dagegen ausnehmen. Dem Proletariat wird von den im Goldstrom schwimmenden bezahmt, wenn sie an einer solchen „göttlichen Weltordnung“ absolut keinen Geschmack finden können. Man mag sogar, mit Verachtung auf den Menschen im Arbeitsmittel zu blicken und geht mit Vorwitz an ihm hochmütig vorüber, um die teuersten Kleider und feinsten Roben nicht vom Staub und Schmutz der Arbeitskleider zu befehlen. Das Schmarozertum am Körper des Volkes mag es, in seiner Aufgeblasenheit das Proletariat zu verleumben und zu beschimpfen, wenn es versucht, durch rüstigen Ausbau seiner Organisationen und energischen Kampf auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sich vor der schlimmsten Ausbeutung des Unternehmertums zu schützen. Daselbe überfachte Geschmeiß erfährt sich, die Führer der Arbeiterbewegung zu verdächtigen und ist bestrebt, Mißtrauen bei den Arbeitern zu sähen, um ihnen noch besser das Fell über die Ohren zu ziehen. Und dabei leben sie in Schlotternder Angst um ihre Goldsäcke, heken die ihnen treu ergebene Regierung gegen die Arbeiterschaft auf, daß sie den Massen den Hungertiemern noch straffer ziehen soll.

Hier Not und Elend in der grauhaftesten Weise. Tausende der Vermöglichen können in den Wintermonaten durch die Arbeitslosigkeit im Kaminstein verhungern, Tausende von Menschen sind gezwungen, zusammenge-drängt in den abfcheulichsten Löchern kampieren zu müssen; keine Regierung schafft Abhilfe! Dort glänzender Reichtum im feinsten Palästen, brillante Feste, Hausbälle und Orgien lösen sich gegenseitig ab und bringen in das Schlemmerleben abwechslungsreichen Gemuß. Das Gold ist leichtflüchtig, andere verdienen doch für sie und schleppen unabläßig Goldbarren herbei. Das sind die Symptome der „göttlichen Weltordnung“ im Klassenstaat Preußen.

### Inr Arbeitslage.

Mit dem Herannahen des Winters, macht sich auf dem Arbeitsmarkt jedes Jahr ein Abflauen bemerkbar, das je nach der Art der in Frage kommenden Gewerbe-zweige einen größeren oder kleineren Umfang annimmt, stets aber für die betroffenen Gewerbe-zweige von ein-schneidender Bedeutung ist. Nach den für den Monat Oktober vorliegenden zahlenmäßigen Berichten ist ein Rückgang in der Beschäftigung heuer nicht in demselben Maße eingetreten wie in den Vorjahren, so daß im Ver-gleich damit eine Besserung der Arbeitslage konstatiert werden kann. Gegen den Monat September dagegen ist eine Verschlechterung eingetreten. Nach dem „Reichs-arbeitsblatt“ hat die im September beobachtete günstige Gestaltung des Arbeitsmarktes im Monat Oktober im all-gemeinen weiter angehalten. Auf dem Ruhrkohlenmarkt belebte sich das Geschäft; in der Metall- und Maschinen-industrie zeigte sich eine günstige Weiterentwicklung; auch in der Textilindustrie scheint sich eine Aufwärtsbewegung zu vollziehen. Dagegen war das Bekleidungs-gewerbe nicht mehr so reichlich beschäftigt, und auch im Baugewerbe ließ die Beschäftigung nach.

Nach den Berichten der Krankentassen an das „Reichs-arbeitsblatt“, ergab sich am 1. November gegenüber dem 1. Oktober eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken um 43 173. Im Okto-ber 1909 hatte sich eine Zunahme von 35 754 Mitgliedern ergeben. Gegenüber dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrades der männlichen Per-sonen neun vom Hundert, der weiblichen sieben vom Hundert.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise ist im Ver-gleich zum Vormonat eine Verschlechterung, im Ver-gleich zum Vorjahr eine Verbesserung der Arbeitslage wahrzunehmen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Ar-beitsnachweise, für die vergleichbare Angaben vorlagen, kamen im Oktober 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 163, bei den weiblichen 104 Arbeits-suchende, gegen 145 beziehungsweise 87 im September 1910 und 173 beziehungsweise 105 im Oktober 1909. Für Bäder und Konditoren sind bei den an das „Reichsarbeits-blatt“ berichtenden Arbeitsnachweisen im Oktober 9992

Arbeitsuchende, 6925 offene Stellen und 6607 Vermittlungen gebucht worden. Auf je 100 offene Stellen entfallen 144 Arbeitsuchende. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dieses Ergebnis eine nicht unmerkliche Verschlechterung; im September d. J. wurden auf 100 offene Stellen 134 Arbeitsuchende gebucht. Im Parallelmonat des Vor-jahres wurde auf 100 Stellen 149 Arbeitsuchende gezählt; demgegenüber ist also heuer eine Besserung eingetreten.

Wie sich die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnach-weise auf die verschiedenen Provinzen und Landesgebiete verteilte, geht aus folgender Aufstellung hervor:

Staat, Landesteil oder Stadt	Zahl der			Auf eine offene Stelle entfallende Arbeitsuchende	
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	im Vormonat	im Vormonat
Berlin .....	3078	2832	2757	1,08	1,12
Provinz Ostpreußen...	1	—	—	—	1,35
„ Westpreußen ..	14	7	7	2,00	0,86
„ Brandenburg ..	170	107	97	1,58	1,32
„ Pommern .....	153	82	82	1,86	1,26
„ Posen .....	75	72	70	1,04	1,11
„ Schlesien .....	385	305	301	1,26	1,24
„ Sachsen .....	173	158	137	1,09	1,20
„ Schlesw.-Holst.	98	31	28	3,16	2,84
„ Hannover .....	8	6	1	1,33	1,55
„ Westfalen .....	406	143	107	2,84	2,49
„ Hessen-Nassau ..	300	90	89	3,33	4,63
„ Rheinland .....	188	59	38	3,18	2,22
Königreich Bayern ..	967	492	458	1,96	1,42
„ Sachsen .....	1099	908	885	1,21	1,11
„ Württemberg ..	297	188	153	1,58	1,14
Großherzogtum Baden.	796	263	249	3,02	2,19
„ Hessen .....	23	2	2	—	—
Anderer Bundesstaaten.	18	2	2	—	—
Hamburg .....	1376	943	935	1,46	1,57
Elb- und Vohrbringen ..	367	237	209	1,54	1,53

\* Vom großen Arbeitsnachweis sind die Berichte nicht rechtzeitig eingegangen.

Wie aus den Relativzahlen ersichtlich ist, erstreckt sich die gegenüber dem Vormonat eingetretene Verschlechterung auf den größeren Teil der erfaßten Landesteile; ein Rückgang in der Zahl der Arbeitsuchenden ist in be-merkenswertem Maße nur in Berlin, in der Provinz Posen, in Hessen-Nassau und in Hamburg eingetreten. In Berlin soll dem paritätischen Arbeitsnachweis zufolge lebhaftere Nachfrage nach Bädern gewesen sein; in Chemnitz war Mangel an jüngeren Gehilfen; von allen andern Arbeitsnachweisen liegen besondere Berichte nicht vor. Ueber die Kafes-, Bisquit- und Waffelfabrikation wird berichtet, daß sich das Geschäft gut angehalten hat und Ueberarbeit erforderlich machte.

### Der augenblickliche Stand der Genossenschaftsfrage.

#### I.

Die Stellung des Sozialismus zu dem Genossenschafts-wesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte mannigfache Wandlungen erfahren. Es seit Zeiten gegeben, in denen man in den Genossenschaften — unter denen man aller-dings ausschließlich Produktivgenossenschaften verstand — Reingellen einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erblickte. Dann wieder gab es Zeiten, in denen die Ge-nossenschaften als Spielereien betrachtet wurden oder gar als Hindernisse auf der Bahn zum sozialistischen Zukunfts-staat. Nunmehr ist die Zeit gekommen, die die große Be-deutung des Genossenschaftswesens für eine Hebung des Proletariats und für die Neugestaltung unseres Wirtschafts-lebens zu erkennen beginnt. Der antikapitalistische Charakter der Genossenschaften tritt immer deutlicher zutage, und der Sozialismus bemüht sich immer mehr, den Strom der genossenschaftlichen Kollektivarbeit seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die zunächst noch rein theoretische Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen zahlreiche Kräfte eines edlen Solidarismus in sich birgt und daß es große Entwick-lungsmöglichkeiten bietet, strebt nach praktischer Verwirklichung. So ist es zu verstehen, daß sich auch der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen mit der Genossenschafts-frage beschäftigt hat. Und wenn dieser Kongreß, im Gegen-satz zu seinen Vorgängern der sechziger und siebziger Jahre des horigen Jahrhunderts, nicht die Produktiv-, sondern die Konsumgenossenschaften in den Mittelpunkt seines Interesses und seiner Debatten gestellt hat, so erklärt sich dies eben daraus, daß heute die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumgenossenschaften die Träger des prole-tarischen Genossenschaftsgedankens geworden sind.

Unter allen auf dem Kongreß anwesenden Genossen-schaften herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emanzipationsbestrebungen stellen und sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse. Auseinander gingen nur die Meinungen darüber, wie dieses Ziel in der Praxis zu erreichen sei, mit andern Worten, wie die Organisation der Genossenschaften zu gestalten sei. Da in den ver-schiedenen Ländern die Entstehung, Entwicklung und Zu-sammensetzung der Genossenschaften verschieden ist und da auch die gesetzlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten sehr voneinander abweichen, so ist eine einheitliche Regelung der Organisationsform ein Ding der Unmöglich-keit. Während die belgischen Genossenschaftler eine innige Verbindung zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie forderten und dabei auf die Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaften ihres Landes hinwiesen, sprachen sich die deutschen Delegierten für eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung aus.

Diese letztere Auffassung über das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Sozialdemokratie fand denn auch die Zustimmung des Kongresses, der in einer Resolution er-klärte: „Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Ge-

nossenschaften jedes Landes zu überlassen.“ Es wurde jedoch der Wunsch hinzugefügt, es sei „im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus erforderlich, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden.“ Mit dieser Lösung der Frage kann wohl jeder sozialistische Genossenschaftler zufrieden sein.

Interessant war es, die Einhelligkeit zu beobachten, mit der die verschiedenen Redner den sozialistischen Kern des Genossenschaftswesens herauskälten und den Wert der Konsumgenossenschaften für die moderne Arbeiter-bewegung betonten. Der Belgier Anseele hob hervor, welche Aidentärkung die Genossenschaften den Arbeitern während eines wirtschaftlichen oder politischen Kampfes zu bieten vermöchten; der Deutsche Wurm wies auf die Rolle hin, die die mit sozialistischem Geiste erfüllten Genossenschaften im Klassenkampfe spielen könnten, der Däne Bergbera erklärte, daß man die Genossenschaftsbewegung zu einer Waffe in der Hand der um ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend ringenden Arbeiterklasse machen müsse; der Holländer Wibaut betonte den großen Wert der Ge-nossenschaften im proletarischen Emanzipationskampfe, und der Argentinier Justo führte aus, daß die Genossenschaften imstande seien, die Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern. Nachdem v. Elm die Drei-teilung der deutschen Arbeiterbewegung erwähnt und die Versicherung gegeben, daß es gelungen sei, alle drei Be-wegungen mit dem einheitlichen Geiste des Sozialismus zu erfüllen, begründete der österreichische Delegierte Karpeles eine Resolution, die von einer Kommission ausgearbeitet worden war: „Die Kommission hat anerkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkte Vorteile gewähren, sondern auch die Art ihrer Organisation eine Waffe im Befreiungskampfe der Arbeiter darstellt. Be-sonderen Wert legt sie darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Soziali-sierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen, aber als Kon-summent genießt er eine gewisse Freiheit. Von dieser Frei-heit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst dem Arbeiter die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigene Hand zu nehmen. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schieben, um sich fähig zu machen, den Sieg zu erringen. Wenn aber die Konsumvereinsbewegung eine wirklich wirk-same Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines verpflichtenden Beschlusses ausgesprochen; aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschaftler und Parteigenossen ihre Pflicht gegenüber den Konsum-vereinen erfüllen. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen als bloße Warenverteilungsstellen. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Reingewinnes handelt, wenn es nötig ist, zur Selbstproduktion überzugehen oder eine höhere Form der Produktion anzustreben.“

Diese prinzipielle Uebereinstimmung in der Bewertung der Konsumgenossenschaften und die weise Zurückhaltung in der Beurteilung der verschiedenen Organisationsformen entspricht ganz dem, was man von einem internationalen Sozialistenkongreß erwarten durfte. Die Einhelligkeit in den Zielen und die Verschiedenheit in den Mitteln ist ja die charakteristische Eigenschaft der modernen Arbeiter-bewegung. Und auch dieser Bewegung sollen die Genossen-schaften dienen, indem sie berufen sind, um mit den Worten der Resolution zu sprechen, „die Arbeiterklasse durch Aus-schaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbst-ändigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Pro-duktion und des Austausches vorzubereiten helfen.“ Und wenn sie in diesem Sinne wirken, so werden sie zu einer Waffe im Klassenkampfe, den das Proletariat zu führen gezwungen ist. Es war daher selbstverständlich, daß der Kongreß, alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Nicht minder als der Sozialismus im allgemeinen nimmt auch die Sozialdemokratie dem Genossenschaftswesen gegenüber eine ganz andere Stellung ein als früher. Die geistigen Väter dieser Partei, Marx und Lassalle, waren darin einig, daß nur die Produktivgenossenschaften imstande seien, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu beeinflussen und umzugestalten. Die Konsumgenossenschaften schieben hierbei vollständig aus, denn man suchte die Ausbeutung lediglih im Gebiete der Gütererzeugung; die durch den Handel stattfindende Ueberverteilung der Konsumenten spielte eine nebenfällige Rolle, und Lassalle erklärte aus-drücklich, es sei falsch, dem Arbeiter als Konsumenten helfen zu wollen, man müsse ihm vielmehr dort helfen, wo ihn der Schuß drücke, nämlich als Produzenten. Man sprach damals mit Nachdruck von der kapitalistischen Pro-duktionsweise und ließ dabei die Mängel der kapitalistischen Verteilungsweise ganz außer acht. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtete noch der sozialdemokratische Parteitag vom Jahre 1892 das Genossenschaftswesen.

Inzwischen ging die genossenschaftliche Praxis ruhig ihren Weg, und in ihrem Gefolge wandelte sich die Theorie als Käufer der verschiedenen Waren ebenso ausgedeutet werde wie als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft, und es zeigte sich auch, daß gerade die Konsumgenossenschaften be-rufen seien, dem Arbeiter in seinem wirtschaftlichen Kampfe wesentliche Dienste zu leisten. Jetzt schlug die Stimmung um; denn je mehr die Konsumgenossenschafts-bewegung sich ausbreitete und die Augen der Welt auf sich zog, desto mehr wurde auch die Sozialdemokratie genötigt, der Genossenschaftsfrage näherzutreten. Und so erklärt es sich, daß der diesjährige Parteitag in Magdeburg diese Frage auf seinem Programm hatte.



Infolge verschiedener Umstände konnte die Frage, welche Stellung die Genossenschaften im modernen Wirtschaftsleben einnehmen und in welchem Verhältnis sie zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie stehen, nicht mit der Gründlichkeit erörtert werden, wie es im beiderseitigen Interesse wünschenswert gewesen wäre. Wer die Anschauungen weiter Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft über das Genossenschaftswesen kennt, und wer die Debatte auf dem Parteitage verfolgt hat, wird einräumen müssen, daß eine Klärung sehr nottut und daß es nicht genügt, sich einfach als Erfolgebeter zu probuzieren und sich mit der genossenschaftlichen Praxis abzufinden. Die dem Parteitage vorgelegte Resolution hob die praktischen Erfolge der Genossenschaften hervor: „Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen. Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breitesten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumgenossenschaften hingewiesen.“

Auch der Referent, Genosse Fleißner aus Dresden, legte den Hauptwert auf die wirtschaftlichen Leistungen der Konsumentenorganisationen, wenn er auch nicht verkannte, daß die mit sozialem Geiste erfüllten Genossenschaften in der Lage seien, „wertvolle soziale Arbeit zu leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Rot- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten könnten die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein.“

Der Referent hielt sich aber für verpflichtet, vor einer Ueberschätzung der Genossenschaftsbewegung zu warnen, als ob sie einen wesentlichen Faktor zur Lösung der sozialen Frage bilden könnte. Die Redensart, daß durch die Konsumvereine der Kapitalismus ausgehöhlt und unterwühlt werden könnte, sei allerdings nicht einmal ein schöner Traum. Auch der Genosse Wurm-Berlin unterstrich in der Diskussion diese Auffassung, indem er die seiner Meinung nach in gewissen Kreisen vorhandene Ausschüttungstheorie verspottete, die da meine, man könne den kapitalistischen Klassenstaat von innen heraus ausschütten und dadurch zu Fall bringen.

Um diese Auffassung von der Bedeutung des Genossenschaftswesens im Emanzipationskampfe des Proletariats zu beseitigen, forderte man, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige reservierte Stellung gegenüber der Genossenschaftsbewegung aufgabe, und daß die Parteigenossen durch Massenbeitritt die Konsumvereine zu wirtschaftlichen Organisationen im Sinne der Sozialdemokratie gestalteten. Allerdings solle dadurch keine Abhängigkeit der Genossenschaften von der Partei geschaffen werden, aber ein auf gegenseitiger Unterstützung beruhendes Verhältnis müsse angebahnt werden. Zu dem Zwecke sei es nötig, daß die Sozialdemokratie die Bedeutung der Konsumentenorganisationen rückhaltlos anerkenne, wie dies die Resolution in den Schlusssätzen zum Ausdruck bringt: „Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats; denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Während somit in der Praxis eine Verständigung zwischen Sozialdemokratie und Konsumgenossenschaftsbewegung herbeigeführt worden ist, bleiben in der Theorie noch verschiedene Differenzen bestehen. Offenbar herrscht heute noch eine gewisse Rivalität zwischen Partei und Genossenschaft — ähnlich, wie sie einstmal zwischen Partei und Gewerkschaft bestand —, und es wird noch eine gründliche Aussprache nötig sein, um hier eine geistige Einheit zu schaffen. Die Frage ist ja die, ob die Konsumgenossenschaften gleichberechtigte Faktoren im proletarischen Emanzipationskampfe sind respektive werden können, oder ob sie nur eine Ergänzung, gewissermaßen eine Hilfsstruppe in diesem Kampfe bilden. Die letztere Auffassung ist die offizielle, in der Parteitagresolution zum Ausdruck kommende, doch erscheint es gar nicht ausgeschlossen, daß auch die erstere noch einmal sich zur maßgebenden Auffassung durchdringen könnte. Wer sich mit der Wandlung der sozialen Ideen beschäftigt und die wechselnde Beurteilung proletarischer Kampfmittel beobachtet hat, wird mit einem solchen Umschwung in der Bewertung der Konsumvereine rechnen müssen. Heute läßt sich noch gar nicht absehen, welche Ausdehnung die Genossenschaftsbewegung noch nehmen und welchen Einfluß im Wirtschaftsleben sie noch gewinnen wird. Darum ist der Streit um ihre künftige Stellung im Klassenkampfe vorläufig noch müßig und theoretisch. Mit einer Variante könnte man auf Partei und Genossenschaft ein Goethewort anwenden. Der alte Goethe entrüstete sich eines Tages, daß die Deutschen sich darüber stritten, ob Schiller oder Goethe der größere Dichter sei, und meinte, die Deutschen sollten sich vielmehr freuen, daß sie zwei solche tüchtige Kerle ihr eigen nennen könnten. So kann sich auch das deutsche Proletariat glücklich schätzen, daß sich neben Partei und Gewerkschaft eine solche tüchtige, hoffnungsvolle Bewegung gestellt hat, wie es das Genossenschaftswesen nach allgemeiner Uebereinstimmung ist. Die deutschen Arbeiter haben alle Ursache, durch aktive Beteiligung an allen drei Organisationen ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend zu fördern und zu beschleunigen.

## Der Arbeitsnachweis der Kieler Bäckerinnung als Maßregelungsbureau.

Der in Kiel erscheinende „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ entnehmen wir folgenden eingehenden Bericht über eine Gerichtsverhandlung, die sich mit dem Kieler Innungsarbeitsnachweis befaßte:

„Daß die Arbeitsnachweise der Unternehmer und der Innungen nichts anderes als Maßregelungsbureau und Machtmittel in den Händen der Unternehmer sind, die dazu dienen, Gefellen, die eine den Meistern nicht genehme politische und gewerkschaftliche Gesinnung haben, von der Arbeit fernzuhalten, ist schon oft nachgewiesen worden. Eine Gerichtsverhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht, die am 7. Dezember stattfand, lieferte einen weiteren Beweis dafür.“

Ede M. Kuhberg und Waisenhoffstraße befindet sich der Arbeitsnachweis der Bäckerinnung. Verwalter dieses Arbeitsnachweises ist der Bäckermeister A. D. Prillwitz, ein Mann von 64 Jahren, ein geschworener Feind der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Bewegung. Prillwitz betrachtet es deshalb als seine Hauptaufgabe, diese zu bekämpfen und der von ihm verwaltete Arbeitsnachweis dient ihm als Mittel dazu, wie die Gerichtsverhandlung lehrte.

Pr. sollte sich vor dem Schöffengericht wegen tätlicher Beleidigung verantworten. Er hatte den verheirateten Bäckergehilfen N., der Mitglied des sogenannten „roten“ Verbandes war, wie sich ein Zeuge geschmackvoll auszudrücken beliebte, und schon über zwei Monate arbeitslos war, geschrieit, weil dieser in dem Nachweissbuch seine Nummer zu sehen verlangte. N. erhielt nämlich immer zur Antwort, es sei keine Arbeit da und doch wurden immer Gefellen untergebracht. Am 18. Oktober wurde wieder ein Gefelle weggeschickt, der aber die nachgewiesene Arbeit nicht annahm. Ein anderer wurde an seiner Stelle weggeschickt. N. glaubte nun übergangen zu sein und wollte seine Nummer sehen. Vom Verwalter Pr. wurde ihm geantwortet, er hätte gar nichts zu kontrollieren, wenn er nicht

**Wenn Du die Beschlüsse der letzten sozialdemokratischen Parteitage auch in bezug auf den Schnapsboykott befolgst, hinderst Du die ärgsten Feinde der Befreiung der Arbeiterklasse — die Junker — daran, daß sie sich auf Deine Kosten und zum Schaden Deiner Gesundheit bereichern! Warum also befolgst Du den Boykottbeschuß nicht?**

ruhig sei, würde er eine herunter kriegen. N. blieb aber bei seinem Verlangen und legte dabei wohl etwas derb die Hand auf das Buch. Meister Prillwitz gab dem N. darauf eine Ohrfeige, die dieser noch zwei Tage später verspürte. N. war nicht so brutal, sondern hatte Mitleid mit dem alten Manne, obwohl er das Recht gehabt hätte, die Ohrfeige auf der Stelle zurückzahlen. N. begnügte sich damit, dem prügelstüchtigen Meister zu sagen, er solle sich freuen, daß er graues Haar habe, sonst würde er es ihm wieder heimzahlen und verließ das Lokal.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht malte Pr. nun das rote Gespenst an die Wand und versuchte damit die Richter milde zu stimmen. Er erging sich in beweislosen Verdächtigungen, bestimmte Tatsachen führte er nicht an. So führte er aus: Der Nachweis der Bäckerinnung werde von der sozialdemokratischen Partei in einer Weise bekämpft (?), die allem Hohn spräche. In letzter Zeit seien die Fenster eingeschlagen, das Gas anzudeckelt worden usw. Vom Vertreter des N., Rechtsanwalt Spiegel, befragt, was denn die sozialdemokratische Partei damit zu tun hätte, ob er denn wüßte, was Partei und was Gewerkschaft sei, erklärte Pr., die sozialdemokratische Partei wolle den Nachweis umstoßen. Die sozialdemokratische Partei sei der Bäckerverband. Rechtsanwalt Spiegel: Was bezweckt denn der Nachweis, etwa die Mitglieder der freien Gewerkschaften zu mahregeln? Angeklagter: Gemahregelt wird nicht. — Rechtsanwalt Spiegel: Am 6. Oktober hat der Angeklagte in einem Schriftsatz selbst erklärt, daß den Gefellen eine Kontrolle und eine Durchsicht der Nachweissbücher nicht zustehe, ebenso werden sie nicht der Reihe nach vermittelt. Da die Gefellen in eine meistertreue und eine meisterfeindliche Partei gespalten sind, so werden die letzteren nicht gerne berücksichtigt. — Der Angeklagte bestritt, diesen Schriftsatz angefertigt zu haben. — Dann ist er eben auf Ihre Veranlassung angefertigt, Meister Pr.

Pr. suchte sich dann damit zu entschuldigen, daß N. ihn gereizt habe, indem er gelärmt und fortwährend mit den Händen auf das Buch geschlagen habe. Daß er bedroht worden sei, kann er nicht sagen.

Der Kläger N. behauptet, er habe nur seine Nummer sehen wollen, da habe Pr. ihm gesagt, er habe gar nichts zu kontrollieren. Als er (N.) dann auf seinem Recht bestand, hatte er schon eine Ohrfeige weg. Auf das Buch geschlagen habe er nicht, sondern nur mit der Hand darauf gezeigt.

Zeuge E. bestätigt diese Darstellung. Das Verlangen des N. sei keine Dreistigkeit gewesen, denn er habe auch schon das Buch durchgesehen. Das Nachsehen nütze aber nichts, es gebe keine Arbeit, denn die würde vorher schon in der Gastwirtschaft ausgegeben. (Im Hause befindet sich eine Gastwirtschaft.) Von einer Aufforderung zum Verlassen des Lokals hat er nichts gehört. N. ist auch nicht frech und schimpfend hereingekommen. — Ein Schöffe: Weshalb werden die Gefellen aus der Gastwirtschaft bevorzugt? — Zeuge: Weil die dort verzeihen; dann werden sie schon vorher mit der Arbeit losgeschickt. Wir Arbeitslosen haben kein Geld und können nichts verzeihen.

Zeuge D. ist derjenige, der an dem Tage die ihm nachgewiesene Arbeit nicht annehmen wollte und wodurch nachher der Streit entstanden ist. Er bestätigt die Darstellung von dem Verhalten des N. und bestritt, daß dieser Beleidigungen gebraucht hat. Weil er die ihm angebotene Arbeit aus bestimmten Gründen nicht annehmen wollte, sei er hinausgeworfen worden. Nach 14 Tagen habe er sein Buch wieder vorgelegt. Pr. erklärte aber, er würde ihn nicht wieder eintragen. Als Bäcker könne er keine Arbeit wieder bekommen, er sei deshalb Hausdiener geworden. — Der Zeuge bestätigt dann noch einmal auf die Frage des Verteidigers ausdrücklich, er sei jetzt Hausdiener, weil er keine Arbeit mehr bekommen konnte in seinem Berufe.

Durch diese eidlichen Aussagen wurden die Praktiken des Pr. bei der Verwaltung des Innungsarbeitsnachweises ins rechte Licht gestellt und Pr.s Chancen standen sehr schlecht. In dieser Bedrängnis erstand ihm ein Helfer in der Not. Ein „Gelber“ war es, der dem Bedrängten zu Hilfe kam. Sörensen heißt dieser junge Mann (er zählt erst 20 Jahre). Auf die Frage des Rechtsanwalts Spiegel, ob er denn so besonders stolz darauf sei, der gelben Gefellen-Brüderchaft anzugehören, schwieg er anfangs, als Pr., der hinter ihm stand, ihm etwas zuflüsterte, platze er heraus: „Ja, ich bin stolz darauf, weil der gelbe Verband von dem roten Verband so bekämpft wird.“ Und jetzt legte der Zeuge los: N. hat fortwährend mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gelärmt. Als Pr. ihm das verbot, rief N., er möchte ihm eine in die Presse schlagen und hielt ihm die geballte Faust vor das Gesicht (das hatte nicht einmal der Beschuldigte selbst befunden können) und skandalisierte weiter. Er selbst ist bedroht worden, weil er ein Gelber sei und den Wirt geholt habe, der N. hinausbrachte. Draußen habe ihm auch einer an den Kopf geschlagen, er glaube, es sei der Zeuge D. gewesen. — Rechtsanwalt Spiegel: Fühlten Sie sich verpflichtet, den Wirt zu holen? — Zeuge: Ja, sonst hätte es eine Schlägerei gegeben; denn die „Genossen“ bezten N. noch auf, es ist alles schon abgemachte Sache gewesen. — Gleich darauf befand der Zeuge wieder, die beiden andern Zeugen, die angeblich N. immer aufgehetzt haben sollten, seien erst nach dem Vorfall in das Zimmer gekommen. Von dem Vertreter des N. befragt, ob er denn vor dieser Verhandlung mit jemand über diesen Vorfall gesprochen habe, verneint Zeuge das. Er bleibt auch nach dem Hinweis auf seinen Eid bei dieser Behauptung. Schließlich erklärte er denn doch, er habe mit seinem Meister darüber gesprochen, dieser habe ihn ausgefragt. So ließ der Zeuge Stück für Stück von seiner ersten Aussage ab, so daß nichts als Widerprüche übrig blieben. Zum Schluß konnte er sich nicht anders retten, als daß er erklärte, er sei schwerhörig, er habe nicht richtig verstanden. Aber auch diese Behauptung änderte er um, als Rechtsanwalt Spiegel ihm auf den Zahn fühlte, er wollte dann nur noch „etwas“ schwerhörig sein.

So war es auch mit diesem Helfer in der Not nichts, den Meister Pr. sich da mitgebracht hatte, und mit Recht konnte Rechtsanwalt Spiegel in seinem Plädoyer erklären, daß die Aussagen des Zeugen Sörensen die Behauptungen der übrigen Zeugen nicht erschüttern könnten; denn S. habe gezeigt, daß er an geistiger Beschränktheit leide; denn er verjee sich in Dinge, in die sich ein normaler Mensch nicht hineindenken könne. Rechtsanwalt Spiegel ging dann noch mit dem Nachweis ins Gericht, der nichts sei als ein Maßregelungsbureau und ein Machtmittel in den Händen der Meister. Die Arbeitslosen würden dort nur als Schachfiguren behandelt. Er verlangte die strenge Bestrafung des Angeklagten.

Noch einmal versuchte es der Angeklagte mit dem roten Gespenst. Eine schamlose Verdächtigung schleuberte er den Verbändlern ins Gesicht: Sie wollten nicht arbeiten, weil sie ja vom Verband bezahlt erhielten. Aber auch das nützte dem Herrn nichts, er wurde verurteilt, und zwar zu M 10 Geldstrafe und in die Kosten, wegen tätlicher Beleidigung.

Der Innungsarbeitsnachweis der Bäckermeister ist also gerichtlich als Maßregelungsbureau gestempelt.

Die Kieler Bäckerinnung mit ihrem „würdigen“ Arbeitsvermittler wird an dem Ausgang des Prozesses keine Freude haben, wurde doch bestätigt, daß der Arbeitsnachweis ein Aushungerungsinstitut schlimmster Sorte für diejenigen Gefellen ist, welche mit den Praktiken der Innungen nicht einverstanden sind. Öffentlich wird die Innungenleitung noch soviel Ehrgefühl besitzen und diesen skandalösen Zustand sofort nebst dem Ohrfeigen-Prillwitz beseitigen.

## Die Sonntagsverkaufszeit in den Konditoreien und die Stellungnahme der „national-deutschen“ Konditorgehilfen dazu.

Der plumpe Versuch der selbständigen Konditoren, in ihrem Kampfe gegen die geplante Verkürzung der Sonntagsverkaufszeit in den Konditoreien die Gehilfenschaft vor ihren Wagen zu spannen, hat in dem Halle'schen Verbands eine ziemlich wirrige Verwirrung angerichtet. Wir müssen hier einige Worte widmen, weil sie ein deutliches Spiegelbild der in diesen Kollegentreifen noch weitverbreiteten Unklarheit über ihre Interessen als Arbeiter darstellt. Festgehalten muß von vornherein werden, daß es sich bei der gedachten Maßregel in den meisten Gegenden nur um eine Stunde Verkürzung gegenüber dem jetzigen Zustande handelt, so daß also das Geschrei der Meister wirklich recht wenig motiviert erscheint. Es ist ja keine Rede davon, daß ihnen ihr Bestellsengeschäft oder der Verkauf von Waren zum sofortigen Gebrauch im Laden im geringsten eingeschränkt werden soll. Lediglich der Handel über die Straße an Sonntagen im allgemeinen soll eine einheitliche Regelung erfahren, um eine gar zu lange Ausbeutung des Verkaufspersonals unmöglich zu machen; ob freilich in den Konditoreien, für welche die Regierung keine Ausnahme vorgeesehen hat, der beabsichtigte Zweck, Schonung des Personals, erreicht wird, ist noch eine ganz andere Frage. Unser Verkaufspersonal ist ja eben leider nicht, wie in andern Branchen, mit seinem Dienst zu Ende, wenn die Schaufenster verhängt resp. der Straßenverkauf geschlossen ist. Das Geschrei wird wahrscheinlich den Angestellten in den Konditoriläden nur sehr wenig Nutzen bringen, aber auf der andern Seite den Selbständigen ganz gewiß



auch keinen bemerkbaren Schaden! Wir sind überzeugt, daß die Gehilfen, wenn das Gesetz kommt, nicht ein Pfund Ware weniger herzustellen haben werden als jetzt. Doch die Herren Meister lassen natürlich keine Gelegenheit vorbegehen, wo sie von der „bedrängten Lage“ des Gewerbes reden können — bedrängte Lage: siehe die fortschreitende Entwicklung zu Großbetrieben und die immer luxuriöser werdende Ausstattung unserer Großbäckereien! Und besonders die jüddeutschen Innungen waren nicht faul und verlangten in Petitionen nicht weniger, als daß die Verkaufszeit wieder den ganzen Sonntag freigegeben werde. Sie gingen zum Angriff über.

Große Wirkung versprachen sich die weißbedeckelten Schlauföpfe aber in ihrem löblichen Tun dann, wenn es ihnen gelänge, auch die Gehilfenschaft für diese Frage (die die ja direkt gar nichts angeht) zu interessieren, und wenn den Behörden vorgelegt werden könnte: Seht, unsere braven Gehilfen, die doch am besten wissen müssen, daß sie alle später einmal als Meister treue Stützen des Handwerks und also von Thron und Altar werden, auch diese erkennen klaren Auges, was ihr Quacksalber am grünen Tisch nicht zu erkennen vermögt — nämlich, daß ihr mit dieser Maßregel das süße Handwerk unausbleiblich an den Rand des Verderbens führt. Und richtig, es fanden sich auch Gehilfensvereine, die dem Kampferuf der Meister gegen die Regierung Gehör schenkten und nun in der sonst so selten geübten Kunst der Opposition sich Vorbeeren zu erringen trachteten.

Daß sie sich fanden, war freilich an und für sich kein Wunder. Wer das Treiben unserer Vergnügungsvereine, ihre geradezu empörende Kriecherei und Bettelei bei Festlichkeiten usw. beobachtet, ihre ganze willenlose Demütigkeit kennt, der wird nicht daran gezweifelt haben, daß sich leicht hin Duzende solcher Gebilde finden lassen, die auch in einem solchen Falle auf den Pfiff parieren. Und es kam so.

Daß aber auch Vereine des „Nationaldeutschen“ Verbandes, daß sogar der Hauptvorsitzende dieses Verbandes diese Komödie mitmachen würde, hätten wir doch nicht erwartet. Wir haben bereits früher berichtet, daß in Essen und Dortmund zuerst der Hummel losging, und die Innungsorgane haben dann nicht genug Aufhebens von der gelungenen Veranstaltung machen können; es hat sich aber später durch Ermittlungen des Hamburg-Altonaer Bezirksvereins der „Halleischen“ herausgestellt, daß die offiziellen Berichte stark überzudert waren und die ganze Veranstaltung einen ziemlich tristen Verlauf genommen hatte. Auch die Halleischen selbst, soweit dort von ihnen überhaupt die Rede sein konnte, haben sich im großen und ganzen ziemlich passiv verhalten. Aber dann kam Leipzig — Leipzig, eine der Hochburgen der Halleischen! Und hier war es, wo der Zentralvorsitzende Rhyfel-Halle persönlich eingriff. Er hielt das Referat zu so großer Zufriedenheit der erschienenen Herren Innungsorgane, daß der Herr Böhlein, Schriftführer der Innung, seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die Gehilfenschaft so für die Interessen des Berufes eintrete. Böhlein forderte auf, sämtliche Vereine zu veranlassen, sich auch an der Bewegung zu beteiligen, damit die Sache auch bei den Behörden den nötigen Anklang fände. Er selbst wollte sich um die Innungen bewerben, damit diese das gleiche tun sollten.

Wie gültig von Herrn Böhlein — sag, Liebchen (Rhyfel), was willst Du noch mehr? Nun, wenn man treu und unerschütterlich das Standesbewußtsein hochhält, den nationalen Stolz als erste Tugend eines Konditorgehilfen proklamiert, niemals die Eigenart des Gewerbes vergißt, dann aber für dieses lokale Verhalten auf den Innungsverbandstagen durch Resolutionen in Acht und Bann getan und in verschiedenen Städten gemäßigert wird, bloß weil man doch schließlich auch einige bescheidene Forderungen stellen mußte — muß man dann nicht erst recht jedes Winkes der Meisterschaft gewärtig sein, um sie wieder auszufohnen und vielleicht doch noch einige Brosamen erwischen zu können? Muß man das nicht?

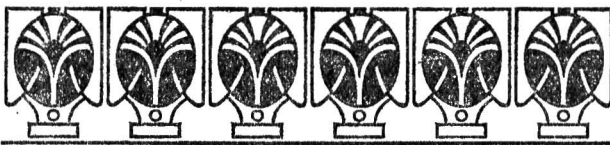
So dachte jedenfalls Herr Rhyfel und mit ihm der ganze Leipziger Bezirksverein; denn in der Tat brachte die nächste Nummer des Halleischen Verbandsblattes die Aufforderung, dem Vorgehen der hellen Sachsen sich anzuschließen.

Erfreulicherweise sind die andern Bezirksvereine aber doch nicht so schnell mit beiden Füßen in den vorgehaltenen Mustopf gesprungen. Besonders die etwas kühler veranlagten Norddeutschen, die mehr Ueberlegung für die ganze Geschichte übrig hatten, machten Opposition. Es wurde eine Reihe von Stimmen laut, die mehr oder weniger entschieden die gemachten Dummheiten verurteilten. So hieß es in einem Berichte über die Stellungnahme zu der Frage im Hamburger Bezirksverein in ihrem eigenen Verbandsorgan:

„Fürwahr, es gehört eine breite Stirn dazu, uns Verbandskollegen etwas derartiges zuzumuten. Wir sollen uns für die Herren Selbständigen in die Bresche werfen, wo wir erst vor zwei Jahren mit Hohn und Spott mit unsern Forderungen, betreffend Verkürzung der Sonntagsarbeit und Gewährung eines freien Nachmittags zurückgewiesen worden sind. Dann gehörte den „Halleischen“ ein dicker Brett vor den Kopf ob solcher Hamlosigkeit... Wie es nun dazu kommen konnte, daß unser Verbandsorgan dazu mißbraucht wurde, um für solch hinterhältige Gegner zu arbeiten, ist den Hamburger Kollegen unverständlich, und es fielen verächtlich recht kräftige Worte gegen eine derartige Geschäftsführung der Verbandsleitung, insbesondere wunderte man sich, daß Kollege Nus keinen Anlaß genommen hat, zu dieser Streitfrage Stellung zu nehmen, da er doch alles, was es an Fachblättern gibt, sich auf Kosten der Verbandskasse halten kann und soll. Ja, es darf so nicht weiter gehen...“

Das denken wir auch! Wenn wir hämisch veranlagt wären, würden wir ja wünschen, die Halleischen führten noch mehr solcher Bauchtänze wie in Leipzig auf, denn schließlich beurteilt sie dann auch das Meistertum dementsprechend. Aber das Interesse der Kollegenschaft steht doch zu hoch, als daß man nicht lieber sehen sollte, daß die Unternehmer unsere Kollegen von einer andern Seite betrachteten. Sie sollen Respekt vor der Arbeiterschaft haben,

und sie haben sicher keinen vor Arbeitern, die ihnen nicht mit Rückgrat entgegentreten! Deshalb ist es immerhin erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Halleischen den Innungsgewaltigen mit ihrem Liebesküssen die Tür gewiesen hat oder sich wenigstens schwerhörig stellte.



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

#### Quittung.

Vom 5. bis 10. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für November: Striegau M. 26,80, Essen 397,30, Apolda 37,70, Saarbrücken 81,30, Crimmitschau 55,90, Gotha 104,90, Homburg v. d. S. 74, Elberfeld 344,40, Leisnig 12, Schweinfurt 45,30, Gießen 29,70, Breslau 267,50, Nürnberg 1704,90, Stuttgart 459,80, Flensburg 153,80, Friedberg 31,10, Lübeck 214,40, Cassel 247,30, Coburg 24,70, München 2947,90, Deggendorf 59, Gera 138,10, Hildesheim 24, Marktredwitz 15, Dessau 82,50, Bremen 302, Herford 498,70, Frankfurt a. M. 1535,90, Mannheim 521,25, Gelsenkirchen 38,80, Bremerhaven 104,90, Eßlingen 44,25, Wamt 85,50, Kiel 386, Bielefeld 29,10, Tangermünde 58,80, Passau 27,20, Magdeburg 610,70.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: P. N. = Jzhohe M. 50, J. St.-Brüssel 16, R. D. = Südermillerup 5, L. L. = London 33,66, M. S. = Behesten 7, S. J. = Hirschberg 5, L. N. = Schwallungen 8, R. L. = Gerßdorf 9,50, W. W. = Hefflich-Olbendorf 4.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Offenbach M. 4,80, Konsum-Genossenschaft Berlin 7,50, M. N. = Essen 3, M. & Co. = Hamburg 10, M. N. = München 3, Crimmitschau 2,70, München 2, Frankfurt a. M. 3,60, Bremerhaven 3,60.

Für „Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung“: P. N. = Jzhohe M. 2, R. Sch. = Miesky 2, Essen 20, Gotha 2, Elberfeld 2, Leisnig 4, Breslau 12, Nürnberg 46, Cassel 6, München 38, Deggendorf 2, Herford 2, Mannheim 6, Bremerhaven 2, Eßlingen 4, Wamt 2, Kiel 4.

Der Hauptkassierer. D. Freytag.

#### Sterbetafel.

Offenbach. Otto Winkler, am 10. Dezember gestorben.

Ehre seinem Andenken!

Heute ist der 51. Wochenbeitrag (18. bis 24. Dezember) fällig.

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Fabrikbranche.

Erfolgreiche Lohnbewegung in einer Zuckerwarenfabrik. Einen schönen Erfolg erzielten die Beschäftigten einer Zuckerwarenfabrik in Hof durch Abschluß nachstehenden Tarifvertrages:

Zwischen dem Verband der Bäcker und Konditoren, Zweigverein Hof, vertreten durch Herrn Arbeitersekretär Mähr und der Zuckerwarenfabrik W. Eßlein in Hof kommt heute nachstehender Tarifvertrag zum Abschluß.

1. Die Arbeitszeit beträgt für alle Beschäftigten ab 15. November nur noch 10 1/2 Stunden und wird ab 1. Januar 1911 auf effektiv 10 Stunden verkürzt.

2. Die Pausen werden wie folgt geregelt: Vormittags 1/4 Stunde, mittags 1 1/4 Stunden und des nachmittags auch 1/4 Stunde.

3. Die männlichen Arbeiter erhalten ab 1. Dezember 1910 eine Lohnzulage von wöchentlich M. 1.

4. Die Beiträge für die Krankenkasse und die Invalidenversicherung werden von der Firma ganz getragen.

5. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, die mindestens ein Jahr im Betriebe beschäftigt sind, erhalten pro Jahr drei Tage Ferien unter Fortbezahlung des Lohnes.

Dieser Vertrag gilt zunächst bis zum 31. Dezember 1912. Die Frage einer weiteren Lohnerhöhung oder Ausdehnung der Ferien während der Vertragsdauer wird ausdrücklich offen gelassen.

Die Kündigungsfrist für den Vertrag wird auf zwei Monate festgesetzt.

Der Vertrag ist in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigt, von den vertragsschließenden Parteien unterzeichnet und jedem Teil ein Exemplar ausgehändigt worden.

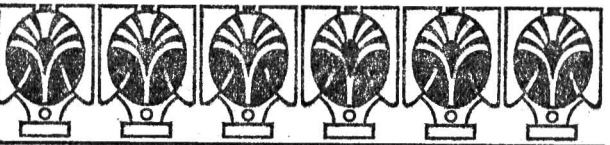
Hof, den 14. November 1910.

Für die Firma: W. Eßlein.

Für die Arbeiter:

Verband der Bäcker und Konditoren, Zahlstelle Hof a. d. S. J. W.: Arthur Mähr, Arbeitersekretär.

Bei einer zweiten hiesigen Firma, Marsteller & Dipold, werden wohl aus diesem Vorgang die Arbeiter und Arbeiterinnen die Lehren ziehen und sich ebenfalls dem Verbandsanschließen, damit auch in diesem Betriebe eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen recht bald erfolgen kann.



### Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlsteuempel versehen und vom Vorsitzenden gegengezeichnet sein.)

#### Bäcker.

Selgoland. Auf dieser geht meist vom Sturm umbräunten Insel sind unsere dort arbeitenden Kollegen in der letzten Zeit gut organisiert; das gedeihliche Verhältnis zwischen Meister und Gesellen scheint dadurch aber nicht in die Brüche gegangen zu sein. Man hatte nämlich den Wunsch, den die Meister teilten, im Winterhalbjahr die sechsköpfige Arbeitswoche einzuführen, und zwar in der Weise, daß der Bäckerbetrieb vom Sonntag zum Montag ruhen sollte. Die Bäckermeister machten zur Bedingung, was man ihnen in Anbetracht der insularen Verhältnisse nicht verdenken kann, daß diese Abmachung nur dann Gültigkeit haben sollte, wenn alle Meister durch Unterschrift sich zu ihrer Einhaltung verpflichteten. Nachdem nun die übrigen Meister soviel soziales Verständnis an den Tag gelegt und ihre Unterschrift vollzogen hatten, weigerte sich aber der den Gesellen schon als Störenfried bekannte Bäckermeister Herr Radroß, zu unterschreiben. Hier ist wieder deutlich bewiesen, mer das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen führt. Obwohl beide Teile diese Einrichtung als eine Wohltat für sich begrüßten, findet sich ein einzelner hochbeiniger Meister, ausgerüstet mit einer Dosis sozialen Unverständnis, und stellt sich dem Fortschritt hindernd in den Weg.

Leipzig. Am 8. Dezember hatte der Gesellenausschuß der Bäckerzweiginnung Leipzigs eine öffentliche Versammlung einberufen. Der Mitgeselle Harnisch gab den Bericht über die Tätigkeit des Gesellenausschusses. Bemerkenswert an dieser positiven Arbeit ist folgendes. Bekanntlich dürfen die Bäckermeister an den hohen Feiertagen Ostern, Pfingsten und Weihnachten ihre Gesellen 16 Stunden ausbeuten. Laut Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 müssen die Bäckermeister, um länger arbeiten lassen zu dürfen, bei den Ortsbehörden um Genehmigung nachsuchen. Der Ausschuß gab hierzu seine Unterschrift her, ohne die Innung danach zu fragen, was die Gesellen für die zu leistende Ueberarbeit bekommen. Der Mitgeselle verstieg sich sogar soweit, das er meinte, die Bezahlung sei Nebensache. Also die Hauptsache ist nach Meinung des Mitgesellen, daß man 16 bis 20 Stunden schuften kann. Denn zwanzigstündige Arbeitszeit zur Stollenbäckerei ist hier keine Seltenheit. Von Verbandsmitgliedern auf die jammervolle Rolle hingewiesen, antwortete Harnisch, das habe ich nicht so gemeint. Die Kollegenschaft Leipzigs wird aber die nötigen Lehren daraus ziehen. Eine andere geistreiche Weisheit verzapfte das Ausschußmitglied Peter. Auf die Frage des Kollegen Fitz, was der Ausschuß zu tun gedenkt, falls Forderungen gestellt und diese von der Innung rundweg abgelehnt werden, antwortete Peter: Dann gehen wir an die Behörden. Kollege Wilke wies in längeren Ausführungen den „Schuß“, den die Behörden den Arbeitern zuteil werden lassen, gründlich nach; er wies unter anderem auf den Moabiter Prozeß hin. Eine Resolution, worin dem Gesellenausschuß ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird, wurde angenommen. Die Versammlung mußte abgebrochen und vertagt werden. Kollegen Leipzigs, erscheint in der nächsten Versammlung in Massen.

Lübeck. Am 1. Dezember hatten wir Gelegenheit, einmal den Standpunkt eines Meisters betreffs Ueberstunden der Gesellen vor dem hiesigen Gewerbegericht anzuhören. Es handelte sich um eine Klage des Kollegen P. gegen Meister Bastian wegen Bezahlung von 15 1/2 geleisteter Ueberstunden innerhalb 14 Tagen. Trotzdem der Richter darauf hingewiesen wurde, daß die Bundesrats-Verordnung eine zwölfstündige Arbeitszeit an Wochentagen und die Lübecker Polizeiverordnung eine sechzehnstündige Sonntagsruhe vorschreibt, also Sonntags doch nur eine achtstündige Arbeitszeit in Frage kommt, konnte er sich nicht davon überzeugen, daß dann der Geselle am Sonntag eigentlich nicht zwölf Stunden und mehr beschäftigt werden könne, und daß die mehr als acht Stunden betragende Sonntagsarbeit als Ueberstunden zu betrachten sei. Das Gericht war vielmehr der Ansicht, daß, wenn der Geselle die sechzehnstündige Sonntagsruhe hätte, die Zeit, die er am Sonnabend länger arbeitete, nicht als Ueberstunden angesehen werden könnte, weil dies eine getrennte Arbeitszeit wäre. Denn wenn der Geselle auch am Sonnabend bis 10 oder 11 Uhr gearbeitet hätte, und er müßte des Abends schon um 6 oder 7 Uhr wieder anfangen, so wäre hierzwischen immer eine Ruhepause und wären die Stunden am Sonnabend nicht in einer Tour gearbeitet worden, also auch nicht als Ueberstunden zu betrachten. Wir konnten das Gericht nicht bewegen, in dieser Sache ein entscheidendes Urteil abzugeben, sondern mußten uns damit begnügen, daß der Beklagte die in der Woche geleisteten Ueberstunden anerkannte und bezahlen mußte. Allerdings nicht, wie gefordert, mit 50 %, sondern nur mit 40 % pro Stunde, weil, wie der Meister angab, der Geselle einen durchschnittlichen Stundenlohn von 30 % habe, und 10 % Aufschlag wären genügend, trotzdem von uns hervorgehoben wurde, daß in Lübeck jeder ungelernete Arbeiter schon 40 % Stundenlohn erhält. Interessant war es für uns, den Standpunkt des Meisters betreffs der Ueberstunden zu hören. Er meinte auf Befragen, daß das ihm doch freistehen müsse, seine Gesellen an 20 Tagen im Jahre länger zu beschäftigen und machte ein erstauntes Gesicht, als der Richter sagte, ja, freistünde es ihm wohl, aber er müßte sie auch bezahlen! Im übrigen berief er sich besonders auf seine langjährige Praxis als Geselle und Meister, und daß er früher auch so lange hätte arbeiten müssen. Uns steht eine ebenso lange Praxis zur Seite, und auch wir haben früher so lange arbeiten müssen; aber die Zeiten haben sich eben geändert! Nachdem der Meister das Geld ausgehändigt und damit anerkannt hatte, daß er seinen Gesellen in 14 Tagen sieben Ueberstunden hatte machen zu lassen, konnten wir nicht umhin, dem Gericht zu erklären, daß der Meister ja eingangs gesagt hätte, es stünde ihm frei, im Jahre an 20 Tagen Ueberstunden



machen zu lassen — wir möchten nun konstatieren, daß diese sieben Ueberstunden innerhalb 14 Tagen gemacht wären; wieviel würde das wohl im Jahre abgeben? Denn dies wäre jetzt ja noch nicht einmal in einer Zeit gewesen, wo besondere Arbeiten verrichtet würden, wie zum Beispiel in der Weihnachtszeit und zu den andern Festtagen, und so wie in diesem Falle läge es in Lübeck noch vielfach. Außerdem schreibe auch die Behörde vor, daß jeder Tag, an dem Ueberstunden gemacht würden, auf der in jeder Bäckerei aushängenden Kalendertafel bemerkt werden müsse; es würden aber wohl in Lübeck wenig Kalendertafeln sein, welche ordnungsgemäß geführt würden. Wir wollen nun noch alle Lübecker Kollegen auffordern, daß sie in Zukunft mehr als bisher die Ueberstunden nur gegen Bezahlung leisten; denn wenn die Meister erst wissen, daß sie dieselben bezahlen müssen, so werden sie auch bald danach hinstreben, daß keine gemacht werden. Die Arbeitszeit in unserm Beruf ist schon sowieso länger als in jedem andern Beruf; darum ist es Pflicht jedes Verbandskollegen, die gesetzlich vorgeschriebene Zeit in n e z u h a l t e n, und sollte sich ein Meister weigern, Ueberstunden zu bezahlen, so mögen die Kollegen sich nur an uns wenden, wir werden ihnen jeder Zeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

**Stahfurt-Leopoldshall.** Eine gut besuchte Bäcker-gesellenversammlung, die sich außer mit unsern Forderungen ganz besonders mit den höchsten tieftraurigen Arbeitsverhältnissen befaßte, fand hier zum ersten Male statt. (Wann?) Scharf aber zutreffend charakterisierte Kollege Mache die Zustände; seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Fünf Kollegen schlossen sich der Organisation an. — Es ist an diesen Orten wieder einmal mit aller Deutlichkeit zu sehen, wo der Weg hinführt, wenn die Kollegen in Meistertreue und Zufriedenheit gleichgültig dahinleben. Dann bleiben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht nur so, wie sie sind, sondern sie werden immer miserabler. Löhne von M 6 bis 7 sind dort keine Seltenheit; dazu eine zum Teil kaum glaubliche Behandlung. Aber auch hier liegt es natürlich in den Händen der Kollegen, eine Besserung herbeizuführen durch den eben von einem Teil der Kollegen beschrittenen Weg des Zusammenschlusses in der Organisation.

**Wiesbaden.** Anlässlich unserer letzten statistischen Erhebungen haben wir verschiedene Feststellungen gemacht, die wohl verdienen, besonders hier festgehalten zu werden. Wir lassen, soweit wie notwendig, die Zahlen von 1906 eingeklammert dabei stehen. Wiesbaden hat 109 000 (106 000) Einwohner. 157 (144) Bäckereien mit 254 (285) Gehilfen, 60 (46) Hausburschen, 52 (29) Lehrlinge. Wie zu ersehen, auf der einen Seite Vermehrung der Betriebe um 13, Verringerung der Gehilfen um 31. Dagegen Vermehrung der Hausburschen um 14 und der Lehrlinge um 23. Wiewohl schon 1906 vereinbart wurde, Kost und Logis sind außer dem Hause zu geben, sind heute noch 99 Gehilfen in Kost und Logis. 76 Gehilfen haben wohl Kost außer dem Hause, aber noch Logis im Hause. Die Maschinenbetriebe haben sich von 15 auf 44 vermehrt, und da beinahe an allen Fenstern, wo Maschinen im Betriebe sind, zu lesen ist: Maschinenbetrieb, ist wohl anzunehmen, daß damit die Inhaber sagen wollen, bei mir geht es wenigstens einigermaßen sauber zu bei der Herstellung unseres täglichen Brotes. Denn sonst ist kein Sinn in diesen Worten zu finden. Beschäftigt sind 63 verheiratete Kollegen. Nebenbei bemerkt haben wir auch 59 verheiratete Mitglieder im Bezirk. Festgestellt haben wir auch, daß 19 frühere Bäckermeister heute wieder als Gehilfen arbeiten, und ebensobiel dürften auch hier noch als arbeitslos oder sonst beschäftigt zu verzeichnen sein. Also der sechste Teil der Gehilfen war schon einmal selbständig. Die meisten dürften alle Luft verloren haben, noch einmal Meister zu werden. Bei den Gegenüberstellungen von 1906 zu 1908 finden wir, daß die Löhne ganz bedeutend gestiegen sind; von 1908 zu 1910 müssen wir leider eine Reduzierung konstatieren. Und zwar sind die betreffenden Zahlen:

	Mit Kost und Logis	Mit Logis	Ohne Kost und Logis
	M.	M.	M.
1906.....	10,44	21,39	25,09
1908.....	10,99	21,30	25,90
1910.....	10,82	21,04	25,77

Also eine Reduzierung der Löhne während einer Zeit, wo alle Lebensmittelpreise bedeutend im Preise gestiegen sind und wo selbstredend auch vorher schon die Löhne nicht ausreichten, das Notwendigste zu beschaffen. Kollegen, daran ist eure Laubheit und Gleichgültigkeit schuld; wollt ihr, daß es besser und nicht noch schlechter wird, dann besinnt Euch auf Euch selbst und geht hin, wo denkende Arbeiter sich immer zusammenfinden müssen. Und das ist in der Organisation.

**Konditoren.**

**Pofen.** Am 5. Dezember fand bei Jarocki, St. Martinstraße 4, eine Konditorgehilfen-Versammlung statt. Kollege Winger ging hier auch auf unsere Forderung eines wöchentlichen Ruhetages ein und schilderte den Kollegen die übermäßig lange Arbeitszeit nebst dem daraus entstehenden Schaden an Körper und Geist. Die Erfüllung unserer Forderung sei eine dringende Notwendigkeit, wenn nicht die Gesundheit der Kollegen zugrunde gerichtet werden solle; Redner stützte sich hierbei auf zahlreiche Gutachten von Ärzten und Wissenschaftlern. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die in der Diskussion seitens der Kollegen vorgebrachten Mißstände werfen kein besonders gutes Licht auf einige Chefs im Konditorgewerbe. Die meisten Mißstände sind wohl bei Herrn Meider-Zazarus, Glogauer Straße, zu finden. Die Arbeitszeit ist in diesem Betriebe eine sehr lange. Neben dem hohen Monatsgehalt von M 36 gibt es fast täglich Brotsuppe. Für zwei Gehilfen ist nur ein sogenanntes Bett vorhanden; letzteres hat Ähnlichkeit mit einer Gängematte. Ein Gehilfe muß auf Marzipankisten schlafen. Ein Handfeger scheint dort nicht vorhanden zu sein; denn alle Säuberungen werden mit dem Lortentmesser vorgenommen. Einen Haus Schlüssel gibt es für die Gehilfen

nicht und müssen diese um 10 Uhr zu Bett gehen. Kürzlich hat Herr Meider seinen beiden Gehilfen gekündigt, weil sie in eine Konditorenversammlung gingen. Die Teilnehmer der Gehilfenversammlung belegte dieser Herr mit dem Prädikat „Verbrecher!“ Seine Gehilfen wissen, daß auf sie diese Bezeichnung nicht anwendbar ist. Aus dem Gesagten und aus den Schimpfwörtern, die der Herr den ganzen Tag um sich herumwirft, geht aber jedenfalls zur Genüge hervor, welchen Bildungsgrad er besitzt.

Da es in Posen noch eine weitere Anzahl Konditoren gibt, wo ähnliche Zustände wie oben geschildert vorhanden sind, so ist es eine dringende Notwendigkeit, daß sich alle Konditorgehilfen dem Bäder- und Konditorenverbände anschließen, nur dann ist eine Besserung möglich. Die Kollegen treffen sich jeden Donnerstag abend bei Jarocki, St. Martinstraße 4.

**Fünfundzwanzigjähriges Jubiläum der Hamburger Zahlstelle.**

Am 4. Dezember beging die Hamburger Zahlstelle ihr 25jähriges Stiftungsfest und hatte aus diesem Anlaß besonders wirkungsvolle und künstlerische Veranstaltungen getroffen. Ein philharmonisches Orchester und der bekannte Gesangverein der Kollegenschaft: „Amicitia-Concordia“ brachten in vorzüglichster Weise der Bedeutung des Tages entsprechende Darbietungen. Aber auch zwei erste Kräfte des Deutschen Schauspielhauses waren gewonnen, deren Rezitationen erst recht den wahren Kunstgenuß vervollständigten, so daß Oskar Mann in seiner Festrede mit Recht darauf hinweisen konnte, daß es eines der besten Zeugnisse für den Wert unserer Kulturarbeit ist, wenn heutigen Tages bereits unsere Kollegen soweit erzogen sind, daß sie mit vollem Verständnis solchen Darbietungen folgen können. Wir bringen nachstehend das Festgedicht zum Abdruck, das von dem mitwirkenden Schauspieler Herrn A. Otto verfaßt ist und von ihm selber vorgetragen wurde:

Im tiefen Schlummer, träumend liegt die Welt.  
Nacht breitet ihre dichten, milden Schatten  
Auf Millionen, die im Mann des Tages  
Des Lebens ew'ge Sorge matt gemacht.  
Aus schweiß'gen Häuten fiel der schwere Hammer,  
Der ruhelos den harten Ambos schlug;  
Die Räder stehn der ratternden Maschinen,  
Und in den Schoß sank sie, die müde Hand,  
Die Nadelstich an Nadelstich gereiht.  
Was emsig schafft in harter Wochen Fron,  
Schloß längst die Augen. Auch der Reiche schläft.  
Ob sanft sein Schlaf? Ob seine Träume nicht  
Ein scheuer Schemen schreut? Ein Nachtgespenst?  
Die Furcht um den Besitz? Wer sieht ins Herz?...

Nur dort, vom Hof her, quillt ein trüber Schein  
Und huscht verzitternd um die schwarzen Mauern.  
In weißem Hemd, mit nackter, roter Brust,  
Die mehlfestäubten Arme aufgestemmt,  
Starrt einer in des Ofens schwüle Glut,  
Und seine Lippe summt ein leises Lied:

„Es moget die Halme  
Und Frucht trug die Saat,  
Die Lehren fielen  
In fröhlicher Macht.“

Die Mühlen drehte  
Ein lustiger Wind;  
Zermalmenden Steinen  
Das Mehl entrinnt.

Wir kneten den Teig  
Und formen ihn  
Und schieben die Form  
In des Ofens Glüh'n.

Träumt ruhig, ihr Schläfer,  
Der Bäcker ist wach,  
Er sorgt für das Leben  
An kommendem Tag.

Und wenn ihr erlahmet  
In Arbeit und Not,  
Wir schüren die Kräfte,  
Wir baden das Brot!... .

Und weiter summend greift er nach dem Schieber  
Und zieht aus heißer Höhlung froh den Segen.  
Brot reißt an Brot sich auf der langen Ban.  
„Erwacht zum Tagwerk! Hier ist neue Kraft  
Und neuer Arbeit ihr gerechter Lohn.“  
So rinnen Leben uns und die Gedanken.  
So schaffen wir im Alltagsdienst der Pflicht  
Wie allen andern unser eignes Brot.

Doch ist es immer nur des Leibes Notdurft,  
Die allem Leben Inhalt gibt und Wert?  
Kann dieses Daseinstampfes einziger Preis  
Das Nichtverhungern, die Erhaltung sein?  
Schreit jenes Fünkchen Gei st, das in uns glimmt,  
Nicht auch nach Nahrung? Darf die Seele nicht,  
Dies tief're Fühlen, das vom Tier uns trennt,  
Sich reicher stets und herrlicher entfalten?  
Des freien Willens ungebund'ne Kraft,  
Der Anspruch auf die Segnung gleichen Rechts,  
Der weite Ausblick, den das Wissen schuf,  
Und Anteil an dem Sonnenschein der Welt,  
An allem Schönen, was die Gottheit schuf,  
An jeder Freude, die die Erde birgt:  
Das ist das täglich Brot des bessern Teils,  
Den unsres Körpers Schlackenülle birgt.  
Und in dem Ringen um solch edles Gut  
Schloß unser Bund sich siegesfroh zusammen.  
Der einzelne ist schwach, und seine Kraft  
Erlahmt im Ansturm, eh' das Ziel erreicht.  
Doch reichen Taufende sich treu die Hände,  
Und heben Taufende die reine Wehr,  
Und sprechen sie das ernste, stolze Wort,  
Das über jeder Schranke Gemmis trägt,  
Das stolze Wort: „Ich will!“ — Dann wird des Sieges  
Hochflatternde Standarte aufgezogen,  
Und jedem wird errungen Glücks sein Teil.

So haben wir Jahrzehnte schon gekämpft  
Für unseres Willens Freiheit, unser Recht,  
Für harter Arbeitsstunden menschlich Maß,  
Für schwerer Schaffens angenehmen Lohn,  
Und für Erlösung aus dem Druck und Bann  
Vergang'ner Zeit, unbilligen alten Brauchs.  
Auch uns nicht nur den Schatten! Uns wie allen  
Im gold'nen Tageslicht ein Fleckchen Sonne!  
Auch uns nicht nur des Leibes fargte Notdurft,  
Auch uns, auch uns ein menschenwürdiges Sein!  
Viel ist erreicht — doch viel ist noch zu tun.  
O, laßt den heil'gen Eifer nicht erkalten,  
Der eure Brust bis heute heiß durchloht!  
So, Rücken fest an Rücken, wie ihr standet,  
Auch jeder Fährnis, die die Zukunft bringt,  
In ungebrochenem Mannesmut getroßt!  
So einer neuen, segensreichen Zeit  
Aus voller Brust ein jubelndes „Glück auf!“

**Aus gegnerischen Organisationen.**

**Freiheit oder Dummheit.** Unsere Nachprüfung der Mitgliederzahl im gelben Bunde auf Grund des Kassengehagens, wie in der Gesamtvorstandssitzung berichtet wurde, versucht nun die gelbe Zeitung mit allen reboverjournalistischen Finessen hinwegzudisputieren. Die „Rechtfertigungsversuche“ sind aber so possiertlich, daß wir nicht umhin können, nochmals kurz auf das gelbe Gegeneinmal-eins einzugehen. Wir stellen in Nr. 47 fest, daß nach den Einnahmen nicht 10 033 Mitglieder, wie von der gelben Bundesleitung an das Kaiserliche Statistische Amt mitgeteilt und im Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1910, Seite 383, zu lesen ist, Ende 1909 vorhanden waren, sondern, wenn sämtliches vereinnahmte Geld aus Mitgliederbeiträgen bestände, höchstens 2302 Mitglieder vorhanden sind. Diese Mitgliederzahl entspricht aber der Wirklichkeit nicht, weil in den Einnahmen noch Geschenke von den Bäckerinnungen, Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Lieberbüchern, Vereinsabzeichen und Kassensbüchern enthalten sind. Die Beträge konnten jedoch von uns von der Gesamteinnahme nicht in Abzug gebracht werden, weil keine detaillierten Angaben über das Kassengehagen veröffentlicht wurden. Der tatsächliche Mitgliederbestand ist demnach noch weit niedriger, als oben durch unsere Berechnung festgestellt wurde.

Was tat nun die gelbe Zeitung? Mit keinem Wort unternahm sie den Versuch, unsere Feststellung zu widerlegen; sie holte vielmehr nach Reichslügenverbandsmanier zu einer Verleumdung gegen unsern Verband aus und behauptete dreist und frech, der Verband hatte nicht 18 092 Mitglieder, wie im Jahrbuch 1908 angegeben ist, sondern nur 12 775. Würde ersteres richtig sein, so müßten in demselben Jahre M 138 242 mehr an Beiträgen vereinnahmt worden sein, als das der Fall gewesen ist. In Nr. 49 wiesen wir nach, daß die gelbe Zeitung frech geschwindelt hat und ihren Lesern unterschlug, daß im Jahrbuch auch über die Beitragsrückstände und Beitragsstundungen berichtet wurde. Was sichts das die gelbe Zeitung an, wenn wir sie als Schwindlerin an den Pranger stellen, sie ist so abgerührt oder, was am ersten zutreffen wird, so verblödet, daß sie sich in ihrer Charakterlosigkeit nicht beirren läßt und nach dem Grundgesetz handelt: Verleumde tüchtig weiter, es bleibt doch etwas hängen. Die Nr. 23 vom 8. Dezember enthält auch kein Wort von unserer Feststellung, daß die Beitragsrückstände und -stundungen nicht beachtet wurden. Diese Tatsache unterschlug sie ihren Lesern und klammerte sich verzweifelt an ihre erstmalige Verleumdung mit den „treuherzigen“ Worten: „Wir geben ja offen zu, daß zwischen zirka M 6000, die in der Bundeskasse fehlen (unsere Angabe wird also unumwunden bestätigt. Die Red.) und zirka M 138 000, die in der Verbandskasse nach unserm gegenseitigen Ausrechnen fehlen, ein ganz gewaltiger Unterschied ist; denn der Betrag erreicht doch fast das fünfundzwanzigfache.“ Die Gelben haben durch die wiederholte Verdächtigung bewiesen, zu welcher Menschenart sie gehören. P f u i Teufel vor einer solchen Gesellschaft!

**Seht christlich** gebärdet sich die Leitung des Zentrums-Industrie-Verbandes in Düsseldorf, weil unsere Organisation mit zwei Brotfabrikanten in dieser Stadt Tarifverträge abschließen konnte. Gleich nach Bekanntgabe der Verträge lancierte die christliche Verbandsleitung in die ihr nahestehende Zentrums-Presse eine Notiz, in welcher auf die tarifliche Regelung des Bezugs der Arbeitskräfte durch den Verband hingewiesen und daran die Bemerkung geknüpft wurde, die Bevölkerung soll sich das merken; denn durch den Tarifabschluß seien die Christlichen aus den Betrieben ausgeschaltet worden. In verdeckter Form wird zum Boykott über die beiden Firmen gerufen, welche mit unserer Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln. Das genügt aber den Christlichen noch nicht, sie berichteten auch an den abgehalfterten Protektor der Gelben, Herrn Hartmann, für die „Internationale Rundschau“. Gehen wir aber der Sache näher auf den Grund, so steckt hinter der Entrüstung weiter nichts als niederträchtige Heuchelei; denn dort wo die Christlichen die Macht haben, üben sie genau denselben „Terrorismus“ aus, den sie bei den freien Gewerkschaften beurteilen. Beweis:

In Allenstein i. Ostpr. wurde am 15. März 1907 von dem christlichen Gewerbeverein der Bauhandwerker ein Tarif auf zwei Jahre abgeschlossen, dessen § 9 folgendermaßen lautet:

„Die Arbeitgeber für das Baugewerbe zu Allenstein verpflichten sich, in erster Linie nur christlich organisierte Maurer, Zimmerer oder Arbeiter zu beschäftigen. Werden Nichtmitglieder der christlichen Organisation beschäftigt, so sind diese unter dem tarifmäßigen Lohne zu entlohnen. Wieviel diesen Nichtmitgliedern gelohnt werden kann, steht jedem Arbeitgeber frei, jedoch muß der Lohnsatz mindestens 3/3 weniger betragen, als im Tarif festgelegt.“

Also geringerer Lohn für unorganisierte! Zu einer solchen Bestimmung hat noch keine freie Gewerkschaft einen Unternehmer gezwungen. Aber „christliche“ Arbeiter bringen einen solchen Terrorismus fertig.



Die „Christlichen“ verstehen demnach ganz gut ihre Position auszunutzen, tun aber wir das, dann ziehen sie das Gesamtregiment der Jesuiten. Mit solchen gemeinen Tricks begeben sie sich auf die Stufe der Gelben, welche alles daransetzen, die Verursachenden in die erbärmlichste Lebenshaltung niederzudrücken.

### Polizei und Gerichte.

**Bäckstubegeheimnisse.** Bäckermeister Hans Kockkopf in Tegernsee, der nach eigener Aussage vor Gericht keine sozialdemokratischen Umtriebe in seinem Betriebe gebildet — soll heißen, er duldet keine organisierten Gehilfen —, hatte sich am 30. November dieses Jahres vor dem Landgericht München wegen Nahrungsmitteleinführung zu verantworten. Nach den Zeugenaussagen wurde im August dieses Jahres im Kockkopfschen Bäckereibetriebe zirka 12 Zentner Roggenmehl verbacken, das zu großen Klumpen geballt, grün und schimmelig war. Obwohl die Gehilfen auf die Verderbenheit des Mehles aufmerksam machten, mußte auf Anordnung Kockkopfs dieses „Mehl“ mit Holzschichten zerfalten und frischer, guter Ware beige-mengt werden. Kockkopf sprang auch einmal in seiner Wut in einen Korb voll frischer Semmel und zerstampfte diese. Diese beschmutzten Semmeln mußten später durch einen Gehilfen zu Semmelbrösel zerrieben werden. Nach den ärztlichen Sachverständigenutachten war das verdorbene Mehl geeignet, die Gesundheit der Konsumenten schwer zu schädigen, insbesondere Magen- und Darmkrankheiten hervorzurufen. Die Verteidigung bemühte sich, die erhobenen Anschuldigungen als sozialdemokratische Verächtigung hinzustellen, die sich Kockkopf als Opfer aus-suchten. Das Gericht verurteilte „den selbstlosen Bäckermeister“ mit Rücksicht darauf, daß Kockkopf ein vermögendes Mann ist und die Manipulationen nur aus niederer Profitgier machte, zu M 200 Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis und zur Tragung der Kosten.

Nach dem Ergebnis der Verhandlung begreift man, warum Kockkopf sich vor organisierten Bäckergehilfen fürchtet; der Mann hat auch alle Ursache dazu. Er wird aber seinen Zweck trotzdem nicht erreichen.

### Der beleidigte Mainzer Sprechmeister.

Ein Kollege G. hatte sich am 19. November vor dem Schöffengericht Mainz wegen Beleidigung des Sprechmeisters Sauer zu verantworten. Von einem Verbandsmitgliede war Sauer im Laufe des Sommers der Vorwurf gemacht worden, er lasse sich bei der Arbeitsvermittlung beisehen; es war auf einen bestimmten Fall hingewiesen worden. Sauer unterließ es aber trotzdem, den betreffenden Kollegen anzuzeigen, obgleich er damit gedroht hatte. Der Kollege G. warf nun einmal in einer Wirtschaft die Frage auf: „Warum hat Sauer den betreffenden nicht angezeigt? Es wird schon etwas Wahres an der Sache sein“ und wies auch auf den betreffenden Fall hin. Sauer hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als G., von dem er wußte, daß er nicht organisiert sei, anzuzeigen. Vor Gericht war es dem G. nun nicht möglich, den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen, und ein als Zeuge geladener Kollege konnte nur auslagen, daß er davon gehört habe, war aber bereit, Zeugen zu bringen, die Sauer schon „geschmiert“ hätten. Auf die Frage des Vorsitzenden an den Privatkläger, ob er von den Gehilfen für seine Tätigkeit etwas bekomme, erklärte derselbe: „Ich bekomme nichts dafür und habe überhaupt noch nie einen Pfennig angenommen.“

Die schönste Rolle in dieser Gerichtsverhandlung hat das gelbe Gesellenauschussmitglied Hottum gespielt. Der Gesellenauschuss war von Kollegen beauftragt worden, die Sache zu untersuchen und war Hottum als Entlastungszeuge geladen. Auf die wiederholten Fragen des Amtsrichters, was bei dieser Untersuchung herausgekommen wäre, erklärte er: „Wir haben beschlossen, daß so etwas nicht mehr vorkommen dürfe.“ Als dann der Amtsrichter erklärte: „Ja, wenn das beschlossen wurde, dann muß doch auch etwas herausgekommen sein!“ erklärte Hottum: „Wir sind noch nicht fertig.“ Wer lacht da nicht? Beschlossen wurde, daß so etwas nicht mehr vorkommen dürfe, und man ist mit der Untersuchung noch gar nicht fertig! Das kann bloß ein selber Gesellenauschuss! Hier sehen die Kollegen wieder, wie ihre Interessen von dieser Gesellschaft gewahrt werden.

Bei der Urteilsverkündung wurde von dem Amtsrichter ausgeführt, daß auf Grund der pekuniären Verhältnisse des Angeklagten das Gericht eine Strafe von M 5 für ausreichend erachte und die Kosten der Staatskasse auferlegt werden. In solch traurigen Verhältnissen lebt ein Arbeiter, der sieben Tage schwer schuften muß, daß selbst eine Gerichtsbehörde darauf Rücksicht nimmt. Kollegen von Mainz! Merkt Euch dieses und rafft Euch endlich auf, damit diese unwürdigen Verhältnisse hier verschwinden, und kein Gericht mehr in die Lage kommt, Euch dies erst dokumentieren zu müssen, daß Ihr in solch miserablen Verhältnissen lebt!

Aber auch sonst hat dieser Prozeß für unsere Mainzer Verhältnisse bezeichnende Bilder gezeitigt. Wurde uns doch vor Gericht attestiert, daß mit dem Lohne, den ein verheirateter Kollege hier verdient, es nicht möglich ist, ein einigermaßen anständiges Leben zu führen. Bevor das Gericht sich zurückzog, wurde der Angeklagte nach seinen Verhältnissen befragt, woraus zu entnehmen war, daß er sich und seine Familie mit M 21 durchs Leben bringen muß. Nach den bestimmten Behauptungen, die Sauer bei der Verhandlung aufstellte, ist es uns allerdings unerklärlich, daß sich hinterher wieder Kollegen bei der Karlsruher Verbandsleitung einfanden, die dieselbe Beschuldigung gegen ihn erhoben und die sogar vor Gericht auszusagen wollen, daß sie selber M 1, M 2 und M 5 bei ihm extra losgeworden sind. Das sind Widersprüche, deren Unteruchung sich die Mainzer Innung angelegen sein lassen sollte; denn es kann ihr doch nicht gleichgültig sein, wenn ihr Sprechmeister in einen so üblen Ruf gebracht wird. Die örtliche Verbandsleitung wird ihr gewiß nach Kräften bei dieser Untersuchung beistehen, und vielleicht finden sich auch noch sonstige Kollegen, welche zu der ganzen Sache aufklärendes Material in dieser oder jener Richtung beitragen können!

## Internationales.

**Konditorstreik in Mailand.** Da die Mailänder Konditormeister die Forderungen ihres Personals zurückgewiesen haben, sind am 6. Dezember einige 600 Konditoren in dieser Stadt in den Ausstand getreten. Die Streikenden fordern die Abschaffung des heutigen Systems, bei dem die Arbeiter auf Rechnung des Unternehmers wohnen und essen. Die Unternehmer behaupten, von diesem System nicht abgehen zu können und deuten an, daß sie sich nur durch dieses vor Diebstählen von Zucker, Mehl, Eiern usw. schützen könnten. Am Vorabend des Weihnachtsfestes kommt natürlich der Streik den Unternehmern sehr ungelegen, um so mehr, als Mailand Unmengen von Süßigkeiten zu den Festtagen ausführt. Die Streikenden hatten beschlossen, die bereits begonnene Arbeit zu beendigen und den vorhandenen Teig zu verarbeiten. Der Streik wurde einstimmig beschlossen. Der Zuzug ist fernzuhalten!

Wir entnehmen diese Nachricht der Tagespresse und sind über den weiteren Verlauf des Streiks noch nicht unterrichtet.

## Sozialpolitisches.

### Wo besteht ein Mißbrauch der Krankenkassen?

Je mehr die Arbeiter von ihren Rechten in der Verwaltung der Krankenkassen Gebrauch machen, desto lauter erhob sich das Geschrei der Scharfmacher aller Schattierungen über den angeblichen sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen. Besonders die Ortskrankenkassen, wo ja die Arbeiter noch am leichtesten in der Lage sind, ihren Einfluß geltend zu machen, sind nach Ansicht der Scharfmacher die reinen Korruptionsherde. Andererseits können diese Kreise sich nicht genug tun im Herausstreichen der Betriebs- und Innungskrankenkassen; hier ist alles eitel Sonnenschein.

In der Reichsversicherungsordnung soll ja die Hege der Scharfmacher fruchtlos sein, indem man die Arbeiter in den Krankenkassen vollständig rechtslos machen will. Krampfhaft ist man jetzt bemüht, Material über angebliche Mißstände in den Ortskrankenkassen zusammen zu tragen; die sauberen Herren hüten sich nur immer vorsichtigerweise, genaue Angaben über Ort, Datum usw. zu machen, so daß eine Nachprüfung nicht möglich ist. Demgegenüber kann die Arbeiterpresse aber immer mehr Material über die Mißwirtschaft in den von den Arbeitgebern beherrschten Betriebs- und Innungskrankenkassen veröffentlichen.

Vor kurzem ging durch die Presse die Mitteilung, die Arbeitervertreter in der Innungskrankenkasse der Berliner Gastwirtsinnung hätten sich gewunden gesehen, ihre Aemter wegen der skandalösen Gewaltherrschaft der Arbeitgeber niederzulegen. Heute wollen wir einen neuen Fall der Regierung und allen Spezialisten für Mißbrauch der Krankenkassen zur Beachtung empfehlen.

Es handelt sich um die Innungskrankenkasse der Bauinnung zu Königsberg i. Pr. Ein Streik der Maurer und Bauarbeiter ging im Jahre 1904 verloren und führte zur Gründung einer Streikbrecherorganisation, die dann dem christlichen Verband beitrug. Weiter rief der Arbeitgeberverband einen Arbeitsnachweis ins Leben, durch den nur die Mitglieder des christlichen Verbands eingestellt wurden; die Zentralverbänder wurden aber ausgesperrt. Um die Arbeiter des Baugewerbes vollständig zu knebeln, beschloß die Bauinnung die Gründung einer Innungskrankenkasse. Der Magistrat verweigerte zwar die Genehmigung, aber der Regierungspräsident erteilte sie. Zunächst wurden die Beiträge etwas niedriger festgesetzt als bei der gemeinsamen Ortskrankenkasse. Sehr bald aber stand die Kasse vor dem Ruin und mußte die Beiträge beträchtlich erhöhen und die Leistungen herabsetzen. Und nun wurde auch die Kasse zu einem reinen Maßregelungsanstalt.

Bezeichnend ist es schon, daß die Geschäfte der Innungskrankenkasse, des Arbeitgeberverbandes und des von letzterem errichteten Arbeitsnachweises in denselben Büroräumen geführt werden. Wie würden die Scharfmacher schreien, wenn eine Krankenkasse in solch einer engen Verbindung mit dem Bureau einer Gewerkschaft stehen würde! Die Geschäfte werden aber auch da von ein und demselben Beamten besorgt. So mußte der Kontroller der Kasse, der von dieser ein Gehalt von M 100 erhielt, hierfür auch gleichzeitig den Arbeitsnachweis leiten. Dies war sogar auf Beschluß des Kassenvorstandes gesehen, wie vor kurzem in einem Prozeß durch Genehmigung zweier Mitglieder des Kassenvorstandes festgestellt wurde. Später wurde dann beschlossen, daß M 65 pro Monat vom Arbeitsnachweis an die Kasse als Entschädigung gezahlt werden sollten, da den Herren inzwischen wohl die Sache etwas brenzlich geworden war.

Aber auch die Arbeitgeber betrachteten die Krankenkasse nur als einen Teil des Arbeitgeberverbandes und seines Arbeitsnachweises. So sandte z. B. der Architekt Kuhn an die Krankenkasse eine Abmeldung eines Arbeiters und eines Maurers mit der für den Arbeitsnachweis bestimmten Bemerkung, die beiden Leute sollten nicht in Arbeit gestellt werden, weil sie Trunkenbolde und faul seien.

Ueber die Verwaltungspraxis der Kasse den Mitgliedern gegenüber ließen sich Duzende von Fällen anführen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen. So ist es z. B. Usus bei der Kasse, wenn sie aus irgendeinem Grunde glaubt, daß Kassensmitglieder zu Unrecht Krankengeld bezogen haben, gegen diese dann Anzeige wegen Betruges zu erstatten, und sie hat sich bereits einige Rein-fälle hiermit geholt. Rigorose Straffestellungen sind an der Tagesordnung und auf jede erdenkliche Art ist die Kasse bemüht, ihren Mitgliedern die Erlangung der Unterstützung zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Alles dies kann attemmäßig an zahlreichen Fällen nachgewiesen werden.

Neuerdings hat uns aber nun der bekannte gütige Wind ein Rundschreiben zugeweht, welches die Kasse im Juni 1908 an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe versandt hat. In diesem Rundschreiben, welches unterzeichnet ist: „Der Vorstand der Innungs-krankenkasse der Bauinnung zu Königsberg i. Pr. gez. Paul

Lauffer“ (Vorsitzender der Kasse und des Arbeitgeberverbandes), heißt es:

Ferner fügen wir ein Verzeichnis derjenigen Leute bei, von denen uns die Erfahrung gelehrt hat, daß dieselben sich nur auf Kosten der Krankenkassen herumbrücken. Es sind dies geschickte Simulanten und mit alten Schäden behaftete Leute, die nur ein paar Tage arbeiten, um sich Zugehörigkeitsrechte zur Krankenkasse zu erwerben und sich dann krank zu melden; sie schädigen die Krankenkassen ganz beträchtlich. Es wird gebeten, diese Leute nicht in Beschäftigung zu nehmen; denn sie nützen dem Arbeitgeber tatsächlich nichts.

Beigefügt war diesem Rundschreiben ein Verzeichnis von 18 Arbeitern, 3 Zimmerern und 6 Maurern. Einer von den auf die Liste gesetzten Arbeitern (ein Vorstandsmittglied des Bauarbeiterverbandes) wurde damals auch tatsächlich entlassen, und von der Kontoristin seines Arbeitgebers wurde ihm ganz treuherzig erklärt, „auf Anweisung der Innungskrankenkasse“. Dann allerdings bestritt die Kasse entschieden, daß das richtig sei; nach der Veröffentlichung dieses Rundschreibens besteht aber jedenfalls kein Zweifel mehr daran.

Werden die Herren von der Regierung, vom Zentrum, von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ usw. auch diesen Fall von wirklicher Mißwirtschaft verbreiten? Wir glauben nicht; denn es handelt sich um Arbeitgeber, es handelt sich um eine Innungskrankenkasse, eine Kasse von der Sorte, die sich nach Ansicht der Regierung ganz besonders bewährt haben.

## Gewerkschaftliche Rundschau.

**Der Amerikanische Gewerkschaftskongreß.** Montag, den 14. November, hat der diesjährige Kongreß der nordamerikanischen Gewerkschaftszentrale, der „American Federation of Labor“ begonnen. In seinem Bericht an den Kongreß weist der Präsident Compers darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung Nordamerikas sich seit der Gründung der Federation vor nunmehr 30 Jahren und seit dem letzten in St. Louis abgehaltenen Jahrestage im Jahre 1888 nicht nur riesig entwickelt und außerordentlich viel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen beigetragen habe, sondern daß sie auch immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor im öffentlichen Leben werde.

Am 1. Oktober 1910 waren der Landeszentrale ange-schlossen 120 Zentralverbände, 39 Staats- oder Territorialverbände, 632 Gewerkschaftskartelle, 431 Lokalgewerkschaften und 216 andere Verbände. Die angeschlossenen Zentralverbände haben annähernd 28 000 Zweigvereine, von denen 2157 im letzten Jahre gegründet sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Berichtsjahre 1 561 151 gegen 1 482 872 im Jahre 1908/09 und 1 586 885 im Jahre 1907/08. Daraus folgt, daß der durch die letzte Krise verursachte Mitgliederrückgang so gut wie eingebolt ist. Der Bericht rechnet außerdem mit rund 100 000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, für welche ein Beitrag nicht gezahlt wird. Die Gesamteinnahmen der Federation beliefen sich auf 198 470 Dollar gegen 232 377 Dollar im Vorjahre, die Ausgaben auf 177 859 Dollar gegen 203 702 Dollar im Vorjahre. Im Laufe des letzten Jahres wurden von sämtlichen angeschlossenen Mitgliedern Extrabeträge erhoben wie folgt: 2 Cent pro Mitglied zur Unterstützung der Gutmacher in ihrem Kampfe gegen Loewe & Co., in dem sie zu 222 000 Dollar Schadenersatz verurteilt waren. Wie aus der Abrechnung hervorgeht, umfaßte die Verteidigungsschrift nicht weniger als 12 525 Schreibmaschinenseiten Folio. Dieser 2 Cent-Beitrag brachte 27 700 Dollar ein, ein weiterer 3 Cent-Beitrag für den gleichen Zweck aber nur 1150 Dollar. Dann wurde je ein 1 Cent-Beitrag ausgeschrieben für die Verteidigung der angeklagten Leiter der American Federation of Labor in dem bekannnten Vorkottprozeß sowie zur Agitation in besonders gefährdeten Orten; doch haben beide Ausschreibungen fast gänzlich verfaßt.

Die angeschlossenen Verbände berichten über insgesamt 827 Streikbewegungen, von denen 470 mit vollem Erfolge, 84 mit teilweisem Erfolge endeten, während 62 Streiks verloren gingen und 259 noch nicht beendet waren. Insgesamt waren 341 448 Arbeiter beteiligt; Verbesserungen wurden für 502 996 Arbeiter erzielt, während 12 309 Beteiligte keinerlei Vorteile errangen. Das Vermögen der American Federation ist von 165 000 Dollar auf 180 000 Dollar gestiegen.

Scharfe Kritik wird in dem Bericht an dem Verhalten des Parlaments geübt, das sich seine Rechte als Volksregierung beschneiden läßt und dessen Mitglieder aus Furcht, Vorteile einzubüßen, nicht zu opponieren wagen. Den Kampf um die ursprünglich demokratische Verfassung und Form der Volksregierung werden die Gewerkschaften weiter führen müssen.

Der Anschluß an das internationale Sekretariat hat bedeutend zur Annäherung der Gewerkschaften Amerikas und der alten Welt beigetragen. Es wird empfohlen, auch zur nächsten internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die 1911 in Budapest stattfindet, einen Vertreter zu entsenden und die in Paris gestellten Anträge auf Schaffung einer internationalen Federation der Arbeit aufrecht zu erhalten. Mit Bedauern wird konstatiert, daß den Anforderungen des internationalen Sekretärs Legien in bezug auf statistische Mitteilungen über die amerikanischen Gewerkschaften nicht entsprochen werden konnte, weil in dieser Beziehung leider von den amerikanischen Gewerkschaften noch zu wenig getan wurde. Es wird daher ausdrücklich auf die Notwendigkeit hoher Beiträge, Ausbau des Unterstützungswesens, Vereinheitlichung der Methoden und Einrichtungen sowie Ausbau der Statistik hingewiesen.

## Politische Rundschau.

**Niederlage der Junkerpartei.** Im Wahlkreise Labiau-Wehlau hat bereits am 9. Dezember die Stichwahl zwischen dem Konservativen Burchard und dem Freisinnigen Dr. Wagner stattgefunden. Die Sozialdemokraten haben, der ausgegebenen Parole Folge leistend, für den Freisinnigen gestimmt, und so ist es auch gelungen, dem schwarz-blauen Block wieder einen Sitz zu entreißen. Burchard erhielt 7140, Dr. Wagner



9762 Stimmen. Die Wut der Konservativen, daß sie einen ihrer sichersten Wahlkreise verloren haben, ist selbstverständlich eine große.

**Aus dem Reichstage.** Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Arbeitstammengesetzes.

Die Abgeordneten Ulbricht und Genossen (Soz.) beantragen an Stelle der Kommissionsbeschlüsse eine eigene Vorlage von 27 Paragraphen, die die Errichtung eines Reichsarbeitsamts sowie territoriale (nicht berufliche) Arbeitsämter und Arbeiterkammern vorsieht.

§ 1 der Kommissionsbeschlüsse lautet: Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Gewerkszweiges oder mehrerer verwandter Gewerkszweige sind auf sachlicher Grundlage, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, Arbeiterkammern zu errichten. Die Arbeiterkammern sind rechtsfähig.

Der Abgeordnete Legien begründet den sozialdemokratischen Antrag und führt hierzu aus: Die Arbeiter brauchen eine rechte Vertretung ihrer Interessen, deshalb fordern wir Arbeiterkammern und als zweite Instanz Arbeitsämter, hierzu als oberste Behörde ein Reichsarbeitsamt. So gut wie den Landwirten durch Landwirtschaftskammern, den Gewerbetreibenden durch Handwerkerkammern, dem Handel durch Handelskammern Körperschaften gegeben sind, um deren Interessen zu vertreten, so gut haben die Arbeiter einen Anspruch auf Schaffung einer Körperschaft für ihre Interessen.

Darauf erwidert Graf v. Westarp, es wäre das ein sehr schöner Gedanke; aber es besteht die Gefahr, daß die Sozialdemokraten durch diese Forderung den revolutionären Charakter der Partei in die Arbeitermassen trage. Also — dagegen, wenn es auch unrecht ist! Ganz unannehmbar ist es für ihn, die Eisenbahner in eine solche Kammer mit einzubeziehen und ebenso die Türen dieser Kammer den Arbeitersekretären zu öffnen. Wir stimmen gegen das Gesetz.

Man sollte nur das Denken verbieten können, das wäre ein besseres Mittel zur Niederhaltung der Arbeiterbestrebungen als die Verweigerung von Arbeiterkammern, in denen die Arbeiter wenigstens einige Rechte und Vorteile haben. Selbst der Kommerzienrat Lang hat keinen solchen Rotkoller wie der Herr Graf — er meint, das Extremum wird gemildert, wenn man mit den Arbeitern verkehrt.

Der Abgeordnete Dirksen (Reichspartei) meint: „Ein Reichstag, zusammengesetzt aus allgemeinen Wahlen, ist gerne bereit, in sozialpolitischer Hinsicht so weit zu gehen, daß dies der Gesamtheit schadet statt nützt! Seit der kaiserlichen Botschaft haben sich die Verhältnisse so geändert, daß es bald nötig sein wird Gesetze zum Schutze der Arbeitgeber zu machen, welche so sehr unter dem Terrorismus der Arbeiter leiden.“ Da haben wir die Versicherung. Die Rollen sind verwechselt. Die Arbeiter schwelgen — die Arbeitgeber darben und seufzen unter dem Terror ihrer Arbeiter. Weiter geht's nicht mehr.

Der Abgeordnete Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung, ein „Arbeitervertreter“, erklärt, den Antrag ebenfalls ablehnen zu müssen. Der Staatssekretär Delbrück ist für den vermittelnden Kommissionsantrag und befürwortet denselben. Er sagt: „Man müßte am Deutschen Reiche zweifeln, wenn man glauben wollte, daß die Sozialdemokraten immer in solchen Körperschaften (Arbeiterkammern) die Mehrheit haben würden.“

Es ist jedenfalls gut, daß der Herr Staatssekretär schon alt ist, sonst könnte er erleben, daß seine Theorie praktisch zutrifft — er würde der Verzeiwung anheimfallen.

Recht wohlwund war es, wie der Abgeordnete Naumann für die Vorlage eintrat. Man will, so führte er aus, gegen die Arbeiter scharf machen. Das bewies die Moabiter Rede des Grafen Westarp. (Sehr gut links.) Man beschwert sich auf der Rechten über die parteipolitische Ausnutzung der Sozialpolitik durch die Sozialdemokratie. Heute aber hat der Redner der Konservativen parteipolitische Gesichtspunkte in eine rein praktische Frage der Sozialpolitik hineingebacht. (Sehr wahr! links.) Wie Herr v. Heydebrand bei der Kaiserdebatte dem Reichstanzler, so erteilten heute Graf Westarp und Herr v. Dirksen dem Staatssekretär des Innern die Parole. Die Regierung soll scharf gemacht werden gegen alle Verbesserungen. Die Konservativen wenden sich gegen das Wahlrecht der weiblichen Mitglieder, obwohl es schon im Regierungsentwurf darin stand. Die einfachste menschliche Gerechtigkeit erfordert, daß, wenn man nicht auf die billige Frauenarbeit in Industrie und Landwirtschaft verzichtet, man auch den Frauen Rechte geben muß. (Sehr wahr! links.) Herr v. Dirksen meinte, die Sozialpolitik habe nicht verhältnismäßig gemittelt. Nun, wir kennen die düsteren Prophezeiungen von der Zeit des Sozialistengesetzes her. Da war auch immer die Rede von der nahenden Revolution. Aber die Revolution ist nicht gekommen, wenn man sich auch noch so sehr bemüht, die Moabiter Vorgänge bis zu einer Revolution in die Höhe zu drehen. (Sehr wahr! links.) Die Revolutionsgesfahr hat sich nicht vermehrt, sondern vermindert. Wir stehen mit der Forderung der Arbeiterkammern auf dem Boden der kaiserlichen Volkshaft. Die Herren von der Rechten aber sind kaiserlich nur, solange es ihrem sozialpolitischen Egoismus paßt. (Sehr wahr! links.) Im Blut der deutschen Arbeiter liegt nichts Revolutionäres, wenn es ihm nicht durch falsche Behandlung von oben eingemipft worden ist. Wenn in Frankreich, England, Belgien sowie in Süddeutschland die Sozialdemokratie eine andere ist als in Preußen, so liegt das am preussischen Staate, dem Staate des Dreiklassenwahlrechts.

Legien erwidert den Scharfmachern: „Niemand ist eher dazu berufen als die Arbeiter selbst, ihre Interessen zu vertreten. Die Arbeitersekretäre sind Arbeiter, welche durch die Unternehmung aufs Pfahler geworfen wurden; sie haben den Terror am eigenen Leibe meist praktisch verspürt, kennen die Schmerzen und sind deshalb mit den Arbeitern aufs engste verwachsen. Wollen Sie den Arbeitern noch weniger bieten als die Kommission, so mögen Sie das ganze Gesetz am liebsten begraben.“

Die Sozialdemokraten stellten Antrag auf namentliche Abstimmung betreffs Zulassung der Arbeitersekretäre zu den Arbeiterkammern. Das Resultat war: 199 Stimmen dafür, 111 Stimmen dagegen. Sollten hier doch schon Angstgefühle wegen der Wahl mitgewirkt haben? Der Entwurf kommt bald in die dritte Lesung und wird man die letzte Abstimmung noch abzuwarten haben.

Staatsberatung oder ein großer Tag. Der Reichssekretär führt aus: Die Finanzlage des Deutschen Reiches

geht „ihrer Gefundung“ entgegen. Die neuen Zölle und Steuern gestatten, das verlorene Gleichgewicht wieder herzustellen. Wir haben 72 Millionen Mehreinnahme und 40 Millionen konnten wir ersparen. (Man hat aber den Witwen und Waisen die Renten vorenthalten — daher die Ersparung.) 1911 hoffen wir auf bedeutende Mehreinnahmen aus Kasse, Tabak, Zec. Die Brauereien hat befriedigt; nicht den Erwartungen entsprochen hat die Leuchtmittelsteuer. Der Effektenstempel entwickelt sich günstig. Die Einnahmen der Reichspost sind gestiegen. Die Ausgaben für Invalidenversicherung (das hebt der Schatzsekretär besonders hervor) sind seit 1900 von 30 Millionen auf 54 Millionen gemachsen. Die Marineverwaltung hat ihre Ausgaben recht genau dem Etat angepaßt und erreicht 1911 eine Ausgabe für Zwecke der Marine von 450 Millionen Mark. Die Kosten des Heeres belaufen sich 1909 auf 829 Millionen Mark. (Ein Arbeiter müßte 500 Jahre arbeiten und jährlich M. 2000 verdienen, so wäre ihm erst eine Million durch die Finger gegangen! Jetzt, lieber Leser, mache Dir einen Begriff von den Kosten eines vaterländischen Schutzes.) Selbstverständlich muß der Schutz des deutschen Volkes, nämlich der Militarismus, sich weiter entwickeln, und die Technik erfordert, daß Aufwendungen in größerem Maße gemacht werden, die bei aller Sparsamkeit sich auf etwa 20 Millionen neuer Ausgaben belaufen (vorerst). Die Reichswertzuwachssteuer soll die Mittel bringen, um die Kriegsinvaliden einer Rente teilhaftig werden zu lassen. An eine Wehrsteuer glaubt der Schatzsekretär nicht.

Diese Ausführungen werden ergänzt durch den Kriegsminister v. Heeringen: Die Infanterie braucht Maschinengewehre. Die Feldartillerie muß vermehrt werden (weil dies in Frankreich auch geschehen ist?!). Automobile und Luftschiffe werden notwendig.

Die Rechte des Hauses und sowie Zentrum und Liberale zeigten ihre Zustimmung und Bewilligungslust durch laute Bravorufe.

Der Abgeordnete Speck fürchtet die Wahlen und will, weil dies der letzte Etat ist, nicht auf die allgemeine politische Lage eingehen. Er meint, die Wahlen werden unter dem Eindruck der Finanzreform stattfinden und sucht deshalb das blaueschwarze Werk nochmals zu verteidigen. An den Angriffen auf die Unfertigkeit der Finanzreform ist die Regierung schuld, weil sie das Volk nicht unterrichtet, meinte Speck, und damit schuldig, daß den Sozialdemokraten immer mehr neue Wähler zuströmen.

Scheidemann (Soz.) führte aus: Der Reichstanzler ist der einzige verantwortliche Minister, er müßte heute hier sein, zieht es aber vor, an Hofsjagen teilzunehmen. Auf die Ausführungen Specks eingehend, meinte er: Mit Speck fängt man höchstens liberale — aber keine sozialdemokratischen Mäule! Die bürgerlichen Parteien versprechen nur, nie aber halten sie ihr Versprechen, und das ist es, was die Wähler veranlaßt, sich von ihnen abzuwenden. Stellen wir eine ungekünstelte Rechnung auf, so ergibt sich, daß im Deutschen Reiche 98 pZt. der reinen Einnahmen für Militär und Marine ausgegeben werden. Um diese Ausgaben decken zu können, wird das werktätige Volk belastet. Die Lasten sind viel größer als die Zolleinnahmen des Reiches, weil der Vorteil der großen Grundbesitzer ebenfalls aus den Taschen des allgemeinen Volkes geholt wird. Professor Brentano berechnet die gesamten Lasten aus Getreidezöllen auf etwa 800 Millionen Mark. Wir Sozialdemokraten haben den Schnapsboycott erklärt, und nun kommt die Regierung den Schnapsbrennern zu Hilfe und nimmt in ein Schulbuch einen Artikel über die Branntweinerzeugung auf, welcher den Kindern mitteilt, daß der Branntwein nicht nur ein durchaus unschädliches, sondern ein entschieden bestimmliches Getränk sei. Wie von einer Gefundung der Finanzen die Rede sein kann, verstehe ich nicht; ich würde es eher glauben, wenn von einem Banfrott gesprochen worden wäre. Von der günstigen Finanzlage wird immer gesprochen, wenn Forderungen für das Heer bewilligt werden sollen, und immer wird gejammert, wenn für Sozialpolitik etwas bewilligt wird. Weshalb arbeitet man jetzt mit solchen „geringen“ Summen, während doch die Militärvorlage mit den Jahren 104 Millionen kosten wird. Man will täuschen, einen Reichstag zustande bringen wie im Jahre 1907. (Hottentottenwahlen.) Wir Sozialdemokraten sind für Frieden! Wir verdrängen die Arbeiter und tragen so weit mehr dazu bei, die Kriegsgesfahr zu beseitigen als alle anderen Parteien und die Regierungen mit ihrem unglückseligen Rüsten. Der wirklich ehrliche Frieden der Völker der verschiedensten Nationen ist aber für diese der schrecklichste Gedanke — ihr ganzes System bricht zusammen, wenn der Friedensgedanke zur Tat wird; darum müssen sie den Kriegsgedanken nähren und pflegen. Für die noleidenden Veteranen haben sie kein Geld — aber für die Erhöhung der Zivilliste hatten sie solches. Haben nicht diese Veteranen dem König zur Kaiserkrone verholfen? Zu einer Scherbenkiste sind die verheißungsvollen Versprechungen geworden. Es sind nur geblieben die preussischen Krallen und der große Schnabel am preussischen Wappen.

Scheidemann rechnete hierauf noch recht gründlich mit den verschiedenen bürgerlichen Parteien ab. Er betonte, wir wollen keinen Dank und kein Versprechen — aber wir werden überall bereit sein, das Heer der Junker zu vernichten. Die nächsten Wahlen werden beweisen, daß das deutsche Volk denkt und dementsprechend wählt. Da hilft kein Kriegsgeschrei, kein Schutzmännchen. Die Art ihrer Agitation veranlaßt mich, ihnen zuzurufen: Habgier, Frechheit und Brutalität haben sich vereinigt und in den preussischen Junkern personifiziert. — Die Rede war eine glänzende Leistung.

Der Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg — der am zweiten Tage zur Stelle war — meinte: „Das deutsche Volk hat eingesehen, daß es so wie bisher nicht weiter gehen kann und deshalb die Finanzreform gutgeheißen! Der Vorwurf der Linken, daß die neuen Steuern ungenügend seien, soll doch wohl heißen, daß sie dem Reiche weitere Steuern bewilligen wollen. Ich notiere das gern für den Fall, daß die Regierung mehr Geld braucht. (Was bald eintreten wird.) Der Heeres- und Marineetat sind in gegenseitiger Verständigung mit den übrigen Ressorts aufgestellt. Ich würde keinen Augenblick scheuen, neue Steuern vorzuschlagen, wenn es gilt, die Kriegsfertigkeit und Lichtigkeit des Heeres zu stärken. Für solche Forderungen würde das deutsche Volk

immer zu haben sein. Die bürgerlichen Abgeordneten stimmen hier natürlich mit „Sehr richtig!“ zu.

Bethmann hofft ferner, die Reichsverfassungsordnung „zum Wohle des Volkes“ unter Dach zu bringen, auch bezüglich der Frage der Verfassung für Elsaß-Lothringen glaubt er an eine befriedigende Lösung. An den bewährten Grundrissen unserer nationalliberalen Arbeit will ich festhalten. (Dieser Schnitzer, der dem Reichstanzler passierte, daß er von nationalliberaler statt nationaler Arbeit rebete, ist wohl der Ueberlauf seines Herzens. Er löste große Heiterkeit im Hause aus. Sabor würde sagen: Das läßt tief blicken.) Der Rausch der bevorstehenden Wahlen wird vorübergehen, meinte er weiter, eine Wüterdämmerung wird nicht kommen. Die Nation wird sich fragen: Ist der Reichstag gemillt, die Ordnung, Wehrmacht und Wirtschaftspolitik, die sich so sehr bewährt haben, aufrecht zu erhalten? Man spricht von einem schwarz-blauen Kanzler und will von mir eine Wahlparole: Ich stehe hinter keiner Partei und werde Ihnen den Gefallen, eine Parole auszugeben, nicht tun.

Ich diene nicht dem Parlament. Ich führe die Politik und schlage die Gesetze vor, die ich im Interesse des Volkes für nötig finde — solange ich die Zustimmung des Kaisers habe. Mein Verhältnis zur Sozialdemokratie kennen Sie — ich halte sie für eine revolutionäre Partei und werde sie bekämpfen. Ich kann es aber nicht für richtig befinden, wenn — wie dies Herr Abgeordneter v. Heydebrand getan hat — die Parteien die Regierung auffordern, Gesetze gegen diese Partei zu schaffen. Dagegen muß ich mich verwahren. Wir werden mit den bestehenden Gesetzen auskommen, und sollte dies nicht der Fall sein, so müßten sie verschärft werden. Der Mißbrauch, den die Sozialdemokraten mit den Sozialgesetzen treiben, indem sie dieselben als Werkzeug ihrer Machtpolitik benutzen, muß gebrochen werden. Hierzu erbitte ich ihre Hilfe. (Zur Rechten gewendet.) Gegen die aufhebende Tätigkeit fanatischer Agitatoren muß mit aller Strenge, eventuell durch Aenderung des Strafgesetzbuches vorgegangen werden.

Er machte dann noch die Sozialdemokratie für die Moabiter Vorkommnisse verantwortlich und schloß, indem er nochmals verschärften Kampf gegen den Umsturz ankündigte. Der Abgeordnete David wird am Montag antworten.

### Für die Arbeiterinnen.

**ss. Frauenstimmrecht und Alkoholisismus.** Die Frauen sind in ihrer Gesamtheit die natürlichen Gegner des Alkohols; denn sie haben als Nächste die schrecklichen Wirkungen des regelmäßigen Alkoholgenusses für die Gesundheit und für die Familie bei ihren Männern vor Augen. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben und an der Gesetzgebung zu einer Stärkung der temperenzrischen Bestrebungen geführt hat. Besonders deutlich ist dies in dem australischen Staate Neu-Seeland, in dem die Frauen seit dem Jahre 1893 das Wahlrecht besitzen. In diesem Staate sind die allgemeinen Wahlen mit der Abgabe eines Referendums über die etwaige Beschränkung des Alkoholschankes verbunden. Jeder Wähler hat die drei Fragen zu beantworten, ob in seinem Wahlbezirk die erteilten Schanklizenzen aufrechterhalten, vermindert oder ganz aufgehoben werden sollen. Für die Aufrechterhaltung oder Verminderung genügt die absolute Majorität, für die gänzliche Unterdrückung ist drei Fünftel Majorität erforderlich. Nach einer Mitteilung von Dr. Goldschmidt in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik haben sich nur die für die einzelnen Fragen abgegebenen Stimmen in folgender Weise entwickelt. Es wurden abgegeben im Jahre 1896 für volle Aufrechterhaltung 139 580 Stimmen, für Einschränkung 94 555 und für gänzliche Aufhebung 98 312 Stimmen. Im Jahre 1908 wurde die erste Frage mit 188 140 Stimmen, die zweite mit 162 562 Stimmen und die dritte mit 221 471 Stimmen bejaht. Während die Alkoholfreunde sich nur um 35 pZt. vermehrt haben, ist die Zahl der bedingten Alkoholgegnere fast auf das Doppelte und die der vollkommenen Abstinenten auf weit mehr als das Doppelte gestiegen. In einer Reihe von Distrikten mußte die Verminderung und in einigen die völlige Aufhebung aller Lizenzen verfügt werden. Unter 68 Bezirken befinden sich heute 12, in denen überhaupt kein Alkohol mehr verschänkt werden darf, ein Erfolg, der in erster Linie der Beteiligung der Frauen an den öffentlichen Wahlen zu danken ist.

### Genossenschaftliches.

#### Jahresumsätze der Konsum- und Genossenschaftsbäckereien.

In § 3 b St a. M. betrug der Umsatz in der im vergangenen Jahre am 11. Oktober in Betrieb genommenen Bäckerei bis 1. Oktober d. J. M. 263 500.

Hof hatte einen Jahresumsatz von M. 266 056, im Vorjahre M. 228 685.

Mainz berichtet, daß für M. 623 061 Brot- und Backwaren hergestellt wurden. Bei der Produktion sind 24 Personen beschäftigt, deren Durchschnittsleistung pro Schicht M. 85,80 gegen M. 80,54 betrug. Durch den rapiden Aufschwung verursacht, hatte bereits die Januar-Generalversammlung die notwendigen Mittel zur Vergrößerung und Verbesserung der maschinellen Anlage bewilligt. Gegenwärtig sind vier Doppelanzugsöfen im Betrieb; die Aufstellung zweier größerer Knetmaschinen und von sieben Mehlsilos wird demnächst in Angriff genommen.

Siedau erzielte bei einem Umsatz von M. 64 000 M. 9141 oder 14 1/2 pZt. Gewinn.

Eisenach produzierte für M. 257 505 Waren. Beschäftigt sind ein Backmeister und neun Bäcker.

Gotha hatte einen Umsatz von M. 385 164; gegen das Vorjahr eine kräftige Steigerung. Die Herstellungskosten sind pro Zentner verbackenen Mehles gegen das Vorjahr von M. 3,33 auf M. 2,94 zurückgegangen. Der Nettoüberschuß betrug 11,7 pZt.

Arnstadt verzeichnet einen Umsatz von M. 124 863, ein Mehr gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres von M. 7888.



Zwenkau kann von einem Umsatz von M 161 282, gegen M 146 067, was einem Mehr von M 15 214 gleichkommt, berichten.

Stadthagen weist einen Umsatz von M 114 363, bei einem Ueberschuß von M 17 730 auf.

Limbach. Die Mitte Dezember 1909 in Betrieb gefetzte Bäckerei erzielte einen Umsatz von M 172 697, bei einem Bruttogewinn von M 22 591. Beschäftigt sind ein Backmeister und neun Bäcker.

In Chemnitz betrug die Gesamtproduktion der Bäckerei innerhalb 43 Wochen M 849 293, bei einem Reingewinn M 17 384.

Plauen i. Vogtl. erzeugte in den fünf gepachteten Kleinbetrieben 405 650 Stück Brote und für M 119 539 Weißgebäck und Kuchen. Ueber die Errichtung einer modernen Bäckereianlage heißt es im Bericht: Wir haben im vergangenen Jahre Gelegenheit genommen, die neuerbaute Dampfbäckerei des Konsumvereins im benachbarten Hof zu besichtigen, und wer je einmal gesehen hat, in welcher vortrefflicher Weise in einer solchen modernen Dampfbäckerei das Gebäck hergestellt wird, dem werden gleich uns die Verhältnisse in Kleinbäckereien nicht mehr zusagen. Wir hoffen, daß auch wir endlich im nächsten Frühjahr mit dem längst geplanten Bau einer modernen Dampfbäckerei werden beginnen können.

Würzburg hatte einen Umsatz von M 228 000, gegen M 192 000 im Vorjahre. Infolge der günstigen Mehlpreise wurden die Sechsbund-Brote um 10 % im Preise ermäßigt.

Lampertheim stellte in einer Mietbäckerei für M 22 923 Waren her. Durch die Hecke der Backmeister war der Verein gezwungen, eine eigene Bäckerei zu erbauen und wurde dieselbe am 14. August in Betrieb gesetzt.

Hohenwölfen hatte einen Umsatz von M 119 223. Potschappel berichtet, daß der Gesamtumsatz in der Bäckerei M 423 992 betrage.

Spremberg bereinigte von der Bäckerei M 84 477 darunter M 20 524 für Weißware.

In Bremerhaven wurden für M 402 765 Waren hergestellt, ein Mehr gegen das Vorjahr um M 7835.

Der „Neue Konsumverein“ in Coburg hatte einen Umsatz von M 120 044.

Limnau produzierte 29 300 große, 18 696 kleine Brote und für M 23 075 Weißgebäck.

Der Konsumverein „Niederrhein“ in Crefeld hat zur Eröffnung der Dampfbäckerei eine sehr geschmackvolle Beschreibung mit Abbildungen der Anlage herausgegeben. Schon das Neuzere gibt dem Bäckereigebäude ein modernes künstlerisches Gepräge. An der Frontspitze ist eine in hellem Luffstein ausgeführte Kolossalgruppe, die den Genossenschaftsgedanken in glücklicher Weise symbolisiert. Im Parterre ist der Backraum mit zwei Doppelauszühen und dem Einschließapparat von Werner & Pfeleiderer, eine Knet-, Teigteil- und Spekulatiusmaschine von der Crefelder Firma Hengler & Cronmeyer, sowie die Teigwirksmaschine von der Firma A. Luz in Halle. Dieser Raum wirkt durch seine Größe als auch durch den sauberen Wandplattenbelag wirklich imponierend. Anschließend an den Backraum befindet sich die Kühlhalle. In der ersten Etage ist die Wäscherei, der Aufbewahrungsraum für die Bäckereimäße, der Vorratsraum und durch eine Glaswand getrennt ein Mehlboden. Die zweite Etage birgt die Baderäume, das Aus- und Ankleidezimmer sowie den Raum für die Bäcker. Im dritten Stockwerk ist der Mehlspeicher mit den Mehlmisch- und Reinigungsanlagen. Sämtliche Fußböden in den oberen Etagen sowie die Treppen sind mit Subolith und der Backraum mit sächsischen Eisenklütern belegt. Unstreitig ist die Anlage die schönste und sauberste Bäckerei, nicht bloß am Orte, sondern weit über die Grenzen Crefelds hinaus. Die Wohn- und Arbeitsbedingungen sind durch die Anerkennung des Tarifgesetzes geregelt.

**Fachtechnische Rundschau.**

**Milch- und Sahnechokolade.** Wie der „Verband deutscher Schokoladefabrikanten“, Sitz Dresden, der „Deutschen Lebensmittel-Zeitung“ (Berlin SW. 48) mitteilt, geht der Standpunkt der Schokoladefabrikanten in bezug auf Herstellung von Milch- und Sahnechokolade aus den nachstehenden Leitfäden hervor, die der Verband deutscher Schokoladefabrikanten in der Generalversammlung vom 10. und 11. September 1909 in Coburg beschlossen hat.

**Milch- und Sahne-Schokolade.**

Einstimmig werden folgende Leitfäden angenommen:

- a) Magermilch-Schokolade muß als solche wörtlich bezeichnet werden; sie muß mit mindestens 10 pZt. Magermilchpulver oder dem entsprechenden Quantum Magermilch hergestellt werden. Ein Zusatz von Vollmilch oder Vollmilchpulver ist des Geschmades wegen ohne Deklaration gestattet;
- b) Milch-Schokolade muß aus Vollmilch mit mindestens 3 pZt. Fettgehalt hergestellt werden, und zwar derart, daß mindestens 10 pZt. Milchpulver oder das diesem entsprechende Quantum Milch verwendet werden;
- c) Sahne-Schokolade muß aus Sahne mit mindestens 10 pZt. Fettgehalt hergestellt werden, und zwar derart, daß mindestens 10 pZt. eines 50 pZt. Milchfett enthaltenden Sahnepulvers oder das diesem entsprechende Quantum Sahne verwendet wird. Des Geschmades wegen kann Vollmilch oder Vollmilchpulver ohne Deklaration hinzugesetzt werden.

Diese Prozentzahlen stellen die Mindestgrenzen dar. Es ist aber jedem Fabrikanten freigestellt, beliebig mehr Sahne oder Milchpulver hinzuzusetzen.

Ferner wird den Mitgliedsfirmen empfohlen, sich von den Milch- und Sahnepulverfabriken folgende Garantien geben zu lassen:

- 1. daß Vollmilchpulver mindestens 26 pZt. reines Milchfett enthält oder aus einer garantiert reinen Vollmilch hergestellt ist;
- 2. daß Sahnepulverpulver mindestens 40 pZt. reines Milchfett enthält oder aus einer 10 pZt. Fett enthaltenden Sahne hergestellt ist.

**Literarisches.**

**Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses** vom 28. August bis 3. September zu Kopenhagen. 130 Seiten. Preis 50 M. Verlag Vorwärts, Berlin.

**Parvus.** Der Ideenkampf gegen den Sozialismus. 6. Heft aus: Der Klassenkampf des Proletariats. 25 Seiten. Preis 20 M. Verlag Vorwärts, Berlin.

**Verband der Maler usw.** Jahresbericht des Vorstandes für 1909. 112 Seiten. Selbstverlag. Maleraleander 1911. 10. Jahrgang. Preis im Buchhandel M. 1,50. Selbstverlag.

**Solzarbeiterverband.** Almanach für das Jahr 1911. Selbstverlag.

**Zentralverband der Schuhmacher.** Protokoll des 13. ordentlichen Verbandstages vom 6. bis 11. Juni zu Köln a. Rh. 277 Seiten. Preis 15 M. Selbstverlag.

**Verband der Bergarbeiter.** Welche Aufgaben haben die Sicherheitsmänner? 36 Seiten. Selbstverlag. — Die Kämpfe um Knappschäftsreformen im allgemeinen Knappschäftsverein Bochum. 158 Seiten. Selbstverlag.

**Kommunale Praxis.** Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Die Hefte 45-47 sind erschienen. Abonnementspreis pro Quartal M. 3. Jede Woche ein Heft. Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Zeitungsvermittlungen entgegen. Probenummern kostenfrei vom Verlag.

**An unsere Abonnenten!**

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, ihr Abonnement auf die „Deutsche Bäcker- und Konditorenzeitung“ bei ihrer zuständigen Postanstalt jetzt möglichst sofort zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt! Eventuelle Reklamationen wegen unterlassener oder unpünktlicher Lieferung sind gleichfalls zunächst bei der Post zu erheben. Der Abonnementspreis pro Quartal beträgt M. 2. Die Expedition.

**Anzeigen.**

Unsern werten Kollegen **Max Kiesser** und seiner lieben Braut  
**die herzlichsten Glückwünsche**  
 zur Vermählung!  
 Zahlstelle **Landshut i. Bayern.**

Unsern lieben Kollegen **Ewald Witt** und seiner lieben Braut **Marie Kiep**  
**die besten Glückwünsche zur Vermählung!**  
 [M. 2,40] Zahlstelle **Eisenach.**

**Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker**  
 :::: Konditoren und Hilfsarbeiter ::::  
**Offenbach a. M.**  
 Nur Kaiserstr. 68, Hinterhaus, part., täglich von 4 bis 5 Uhr nachmittags. Vermittlung unentgeltlich.

**Paritätischer Arbeitsnachweis für Bäcker**  
 :::: Konditoren und Hilfsarbeiter ::::  
**Frankfurt a. M.**  
 Nur An der Schmiedstraße 7, erster Stock, täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Vermittlung unentgeltlich. Telefon: Nur Städtische Arbeitsvermittlungsstelle, Abteilung Bäcker (keine Nummer)

**Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund**  
**System Arends**  
 Größte stenographische Arbeiterorganisation in Deutschland. Unterrichte im Jahre 1907/08: 2567; 1908/09: 3366; 1909/10: 5000 Arbeiter. In 120 Städten Vereine. Einzige Kurzschrift, welche das System Gabelsberger niederrang, und zwar in Schweden. 1880 dortselbst nur Gabelsbergerianer im Reichstag tätig; 1910: 23 Arendsianer und nur noch 8 Gabelsbergerianer. Wegen kostenfreien brieflichen Unterrichtes richte man Adresse an **Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.**  
 Gut erhaltener **Benzischer**  
**Benzinmotor,**  
 2-3-pferdig, wegen größeren Kraftbedarfs billig zu verkaufen. [M. 3] **C. Berenbruch, Duisburg.**

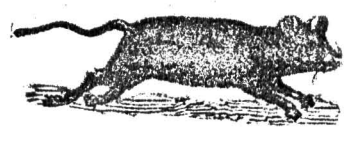
**Bäcker und Konditoren**  
 kaufen ihre Kleidung am besten und billigsten in dem grössten Spezial-Geschäft für **Berufs-Kleidung**  
**Kohnen & Jöring, Berlin**  
 Hauptgeschäft und Versand: **Alexanderstr. 12**  
 Verlangen Sie freie Zusendung unserer Preisliste

**Münchener Bäcker und Konditorgehilfen**  
 decken ihren Bedarf am besten bei  
**Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

**Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen**  
 decken ihren Bedarf am besten bei  
**Hans Derfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.**

**Verband der Bäcker und Konditoren - Zahlstelle Hamburg-Altona**  
 Am ersten Weihnachtstag findet im Gewerkschaftshaus, Befensbinderhof 57, unser **Diesjähriger großer Weihnachtsball** verbunden mit großer Verlosung, Kappenspolonaise usw. statt.  
 Wir laden hiermit unsere Kollegen und Freunde nebst Damen ergebenst ein und erwarten, daß auch an diesem Tage die Kollegenschaft es als selbstverständlich erachtet, der Weihnachtsfeier vollzählig beizuwohnen.  
 Saalöffnung präz. 6 Uhr. :::: Preis der Karte für Herren 40 Pfg., für Damen 30 Pfg.  
 Während des Vergnügens wird zu Restaurationspreisen serviert.  
 [M. 10,80] Der Vorstand.

**Matten, Waagen etc.**  
 werden mit unseren absolut zuverlässigen Präparaten radikal vermindert, selbst da, wo alle bisher angewandten Mittel und Methoden nutzlos waren, wurden sie erprobt und begutachtet. Es ist frische Ware mit bester Bitterung. Preis 1/2 kg M. 1,20, 1 kg M. 2,-, 3 kg M. 5,- per Packung ab Karlsruhe einchl. Verpackung. Unsere Erzeugnisse sind sehr ausgiebig, daher auch billig. Vorteilhafteste Bezugsquelle.  
**Chem. Fabrik der Deutschen Versicherung gegen Ungeziefer Anton Springer, Karlsruhe 123 i. Baden.**  
 Größte und leistungsfähigste Ungezieferverteilungsanstalt Deutschlands.



**Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.**  
 (Wo nichts Besonderes bemerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)  
**Sonntag, 18. Dezember:**  
 Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8. — Erfurt: 3 Uhr, „Zum König von Breußen“, Futterstr. 9. — Gelsenkirchen: 5 Uhr im Volkshaus, Kaiserstraße. — Landshut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — London: 2 Uhr in C. A. B. 107, Charlotte Street W, 1. Stock. — Memminger: Im Gasthof „Zur Pfalz“, Wellesweilerstr. 38. — Weiskirchen: Im Gewerkschaftshaus, Merseburger Straße 16. **Zeit (Bäcker):** 3 Uhr in Wundrats Restaurant, Leipziger Straße.

**Mittwoch, 21. Dezember:**  
 Apolda: Im Gewerkschaftshaus. — Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeiger Straße 32. — Thale a. S.: „Zum Reichstanzler“, Güttenchauffee. — Wolfenbüttel: 8 1/2 Uhr, „Zum blauen Engel“, Fischerstr. 17.  
**Sonntag, 25. Dezember:**  
 Malen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Pant-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Held, Grenzstr. 34. — Bahreuth: Im Restaurant „Kaiserhof“, Kulmbacher Straße. — Hennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann.  
 Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Befensbinderhof 57. — Verlag von D. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.